



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Haushaltsausschuss und Obfrau im Rechnungsprüfungsausschuss

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen a.D.

Kasseedorf, 24. September 2025

Mein Rechenschaftsbericht als Bundestagsabgeordnete für 2025



Büro Eutin

Tel. 04521-71611

Fax 04521-78386

bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

www.bettinahagedorn.de

www.facebook.com/BettinaHagedornMdB/

Büro Berlin

Tel. 030-227-73832

Fax 030-227-76920

bettina.hagedorn@bundestag.de

INHALT

SEITE

- 3 Mein politischer Rückblick in bewegter Zeit**
- 16 Die gesetzliche Rente ist stabiler als ihr Ruf**
- 22 Munitionsaltlasten in der Ostsee**
- 26 Eltern-Kind-Kuren sind mehr als „nice-to-have“**
- 29 Mein Einsatz für die Hospiz- und Palliativarbeit in Ostholstein**
- 32 Pflegefachassistentenausbildung wird attraktiver**
- 34 Die Beltquerung: Neues zu der Hinterlandanbindung**
- 44 Direkter Draht zur Jugend**
- 48 Meine Teams als Stütze meiner Arbeit**



30.03.2025: Fraktionsfrühstück Schönwalde zur „Nachlese“ der Bundestagswahl (Foto: Büro Hagedorn)

ALLE BILDER OHNE EXPLIZITE QUELLENANGABEN:
QUELLE BÜRO HAGEDORN

WWW.BETTINAHAGEDORN.DE

WWW.FACEBOOK.COM/BETTINAHAGEDORNMDB/

Mein Politischer Rückblick in Bewegter Zeit

Liebe Bürgerinnen und liebe Bürger,

meinen letzten Rechenschaftsbericht habe ich Anfang März veröffentlicht, nachdem am 23. Februar ein kurzer, polarisierender Wahlkampf zu Ende gegangen war, dessen katastrophales Ergebnis von nur 16,4 Prozent bundesweit und 18,7 Prozent in Schleswig-Holstein für uns Sozialdemokraten natürlich sehr enttäuschend war. Besonders geschmerzt hat mich, dass die AfD ihr Ergebnis in Schleswig-Holstein gegenüber 2021 mehr als verdoppeln konnte, obwohl sie bei der Landtagswahl 2022 noch an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war. Als schwachen Trost konnten wir in Ostholstein am Ende des langen Wahlabends immerhin feststellen, dass ich nicht nur mit SPD-Listenplatz Nr. 4 in den 21. Deutschen Bundestag eingezogen bin, sondern dass wir in Ostholstein und Nordstormarn mit 25,4 Prozent das zweitbeste SPD-Erststimmenergebnis (nach Lübeck) in Schleswig-Holstein geholt haben und auch mit unserem Zweitstimmenergebnis von 19,7 Prozent deutlich über dem Bundes- und Landesschnitt lagen. Meinen SPD-Ortsvereinen mit den vielen unglaublich engagierten Mitgliedern, die täglich stundenlang mit mir in den kalten Winterwochen zum Jahresanfang auf Marktplätzen und vor Discountern zwischen Fehmarn und Reinfeld unterwegs waren und unser Info-Material bei Schnee und Frost an die Türklinken verteilt haben, gilt mein ganz dickes „Dankeschön“! Im Bundestag haben wir als SPD unsere Abgeordneten-Zahl fast halbiert und auch aus Schleswig-Holstein gehören nur noch fünf anstatt vorher acht Abgeordnete dazu – das ist bitter! Ich „betreue“ deshalb künftig nicht nur den Kreis Ostholstein und Nordstormarn, sondern auch den ganzen Nachbarkreis Plön.

Verfassungsänderung für Investitionen in Infrastruktur und nationale Sicherheit

Trotz dieses schwachen SPD-Ergebnisses ist es unserem



Foto: Maurice Weiss

„Sondierungsteam“ in Berlin in einem „Kraftakt“ bereits binnen zehn Tagen nach der Bundestagswahl gelungen, Friedrich Merz und die CDU/CSU zu überzeugen, dass der „alte“ Deutsche Bundestag noch bis zum 17. März(!) ein dringend notwendiges Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für Investitionen in die Infrastruktur in Bund, Ländern und Kommunen sowie eine Regelung im Grundgesetz für langfristig milliardenschwere Investitionen in die Bundeswehr beschließen und in der Verfassung verankern muss, weil ansonsten eine neue Bundesregierung mit den „Fesseln“ der bestehenden Schuldenbremse nicht in der Lage sein würde, in den nächsten vier Jahren die Investitionen in Deutschland zu tätigen, die – gerade angesichts der Zoll-Politik von Donald Trump und der Bedrohungen von Putin für ganz Europa – erforderlich sein würden. In dem „alten“ Bundestag gab es für eine solche Grundgesetzänderung mit der Unterstützung der Grünen noch eine erforderliche 2/3 Mehrheit, während es die im „neuen“ Bundestag nicht gibt, weil die Linken ihre Zustimmung für zusätzliche Investitionen für die Bundeswehr verweigert hätten. Da die „Federführung“ für diese beiden „Sondervermögen“ natürlich beim Haushaltsausschuss lag, fingen für mich die langen Sitzungstage im Haushaltsausschuss in Berlin direkt nach dem Wahlkampf wieder an, um diese weitreichenden und brisanten Entscheidungen bis Mitte März vorzubereiten und zu treffen.

Die SPD hat schon Anfang 2024 nach dem Bundesverfassungsgerichturteil vom November 2023 immer wieder darauf gedrungen, dass genau dieser Beschluss zur „Aufweichung der Schuldenbremse“ gefasst werden muss, um die für die Menschen so wichtige Infrastruktur in unserem Land langfristig zu sanieren – damals sind wir am erbitterten Widerstand

des FDP-Finanzministers Lindner gescheitert, wodurch ein Bundeshaushalt 2025 nicht beschlossen werden konnte und der Bruch der Ampel-Koalition besiegelt war. **Auch für den damaligen CDU-Oppositionsführer Friedrich Merz war das Einhalten der Schuldenbremse bis zum Wahltag am 23. Februar immer sakrosankt. Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass derselbe Friedrich Merz nur 10 Tage nach der Bundestagswahl zu 100 Prozent auf unsere Vorschläge eingeht und mit uns Sozialdemokraten noch vor der Konstituierung des neuen Bundestages die erforderliche Grundgesetzänderung dem Bundestag und Bundesrat vorschlagen würde, wo jeweils eine 2/3-Mehrheit zur entsprechenden Änderung unserer Verfassung erforderlich ist.**

Der Beschluss zur Lockerung der Schuldenbremse im Grundgesetz, um milliardenschwere Investitionen in die Bundeswehr über die „Bereichsausnahme“ zu ermöglichen, war angesichts der aktuellen Bedrohung durch Putin einerseits und Trumps Rückzug als Schutzmacht Europas andererseits absolut notwendig und auch von der CDU/CSU und den Grünen gewollt. **Der Beschluss zur Schaffung eines Sondervermögens von 500 Mrd. Euro für die nächsten 12 Jahre, das wir als Sozialdemokraten „im Paket“ zur Bedingung gemacht hatten, um den Sanierungsstau bei der Bahn, der Energieinfrastruktur, bei Brücken und Krankenhäusern, in Forschungseinrichtungen, in Schulen und Kitas sowie im Katastrophenschutz, bei der Digitalisierung und bei der Polizei jetzt endlich kraftvoll und langfristig beenden zu können, stieß aber zunächst auf den massiven Widertand der Konservativen, weil sie mit ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz im Wahlkampf ja das genaue Gegenteil immer wieder behauptet hatten. Gebetsmühlenartig hatten sie im Wahlkampf versprochen, auf gar keinen Fall die Schuldenbremse aufzuweichen und auf gar keinen Fall zusätzliche Schulden zu machen. Und direkt nach der Wahl holte sie die Realität nun ein, und sie muss-ten die „Rolle rückwärts“ antreten.** Den Frust über diesen Wahlbetrug spüren wir bei den

CDU/CSU-Mitgliedern bis heute – er war der Grund für 18 Gegenstimmen aus den eigenen Reihen für Friedrich Merz bei der im 1. Wahlgang gescheiterten Kanzlerwahl, und es war der Grund für das katastrophale Debakel zur Wahl von drei Verfassungsrichtern am letzten Sitzungstag vor der – sogenannten – Sommerpause. Die CDU/CSU-Fraktion ist in sich gespalten und ihr Fraktionschef Jens Spahn schafft es offenbar nicht, die Reihen dort zu schließen. Das lässt für das Bestehen der künftigen Herausforderungen für diese Koalition nichts Gutes erahnen. Wiederholte „Querschüsse“ in den Medien von u.a. der Wirtschafts- und Energieministerin Katherina Reiche, Jens Spahn selbst oder anderen erinnern mich allzu oft an das Gebaren der FDP in der Ampel-Regierung. Freuen tut sich über solch unnötigen Streit nur die AfD.



04.06.2025: Mit dem damaligen Sprecher unserer AG Haushalt und heutigen Staatssekretär im Finanzministerium Dennis Rohde beim Sommerfest des Finanzministerium

Koalitionsbildung mit CDU/CSU aus „Verantwortung für Deutschland“

Nach der erfolgten Grundgesetzänderung war die wichtigste Voraussetzung für erfolgreiche Koalitionsverhandlungen erfüllt. Für mich ging die Arbeit in Berlin nahtlos weiter, denn Lars Klingbeil berief mich in die Verhandlungsgruppe für „Haushalt, Steuern und Finanzen“ – und in dieser Gruppe „knallte“ es besonders häufig. Denn mit den zusätzlich über Schulden finanzierten Investitionen in die Bundeswehr und die Sicherheit einerseits sowie in die Infrastruktur in Bund, Ländern und Kommunen andererseits sind keineswegs alle Haushaltsprobleme gelöst. Einige denken offenbar, wir würden jetzt „im Geld schwimmen“, aber das ist absolut falsch. Die grundsätzlichen Probleme im Haushalt – maßgeblich offenbart durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom November 2023 – sind immer noch dieselben wie in der Ampel-Zeit. Die anhaltende Konjunkturschwäche, die steigenden Arbeitslosenzahlen und Insolvenzen vergrößern diese Probleme sogar noch massiv: ein dickes Minus bei den Steuern und ein dickes Plus bei Ausgaben in den Sozialversicherungssystemen sind automatisch die Folge. 100.000 Arbeitslose zusätzlich kosten den Staat im Bundeshaushalt bis zu 2 Mrd. Euro – umgekehrt löst eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik auch im Haushalt viele Probleme quasi von allein! Während wir den Bundeshaushalt 2025 am 19. September im Parlament erfolgreich beschließen konnten und die Verhandlungen für den Haushalt 2026 schon am 26. September beginnen und Ende November abgeschlossen werden sollen, droht für den Bundeshaushalt für 2027 eine gewaltige „Lücke“ von 32 Mrd. Euro, die sich bis 2029 auf 170 Mrd. Euro zu summieren droht. Klar ist: eine solche Lücke kann nicht allein durch „Kürzungen“ und durch „Strukturreformen“ z.B. beim Bürgergeld geschlossen werden. Wir brauchen auch Steuererhöhungen für besonders Gutverdienende und Vermögende, die sich an den Herausforderungen für unsere Gesellschaft in dieser Zeit angemessen beteiligen müssen. Über dieses Thema war mit der CDU/CSU bisher allerdings absolut nicht zu reden. – nun hoffen wir darauf, dass sie



05.05.2025: Unterzeichnung des Koalitionsvertrages mit Bärbel Bas und ihren Staatssekretärinnen Katja Mast und Kerstin

auch hier noch in der Realität ankommt.

Auch wenn die Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU mit Sicherheit keine Liebesheirat waren, bin ich selbst fest davon überzeugt, dass die Bildung der Koalition richtig war, weil wir damit bei schwierigsten Mehrheitsverhältnissen im Bundestag Verantwortung für unser Land übernehmen und für Stabilität in stürmischen Zeiten – auch in Europa und weltweit – sorgen. Außerdem ist unsere sozialdemokratische Handschrift an vielen Stellen im Koalitionsvertrag klar erkennbar: **Zu unseren Erfolgen gehört vor allem die Sicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2031 und die Stabilisierung der Beiträge, die Einführung eines Tariftreuegesetzes, die Milliarden für Investitionen in Kitas, Schulen, in Ganztagsbetreuung und in die kommunalen Sportstätten sowie in den sozialen Wohnungsbau und die Verlängerung der Mietpreisbremse. Durch die Milliarden für Investitionen in Brücken, Straßen und Schienenwege, die Förderung von privaten Investitionen und den Abbau von Bürokratie vor allem im Baugewerbe werden wir den Investitionsstau in Deutschland endlich erfolgreich bekämpfen können.** Sehr positiv ist aus Ostholsteiner Sicht natürlich auch der Blick auf Seite 38 des Koalitionsvertrages (Zitat): „Beim Meeresschutz legen wir ein besonderes



29.06.2025: SPD Parteitag in Berlin mit der SH-Delegation auf dem Messe Gelände im City Cube

Augenmerk auf den Kampf gegen die Verschmutzung, den Erhalt der Biodiversität und die Beseitigung von Munitionsaltlasten. Wir sehen uns in der gesamtstaatlichen Verantwortung, das Sofortprogramm zur Bergung von Munitionsaltlasten in Nord und Ostsee langfristig fortzusetzen.“

Fazit: Trotz eines desaströsen Wahlergebnisses haben wir es geschafft, nicht nur inhaltliche Erfolge zu verhandeln, sondern auch wichtige Ministerien – Finanzen, Arbeit und Soziales, Verteidigung, Umwelt und Klimaschutz, Bauen und Wohnen, Entwicklungszusammenarbeit und Justiz – für uns zu sichern. Das haben unsere Mitglieder offenbar ähnlich beurteilt und mit einem überzeugenden Votum zum Koalitionsvertrag von fast 85 Prozent Zustimmung uns in Berlin ordentlich „Rückenwind“ gegeben. **Lars Klingbeil, der als SPD-Parteichef und jetziger Finanzminister dafür gesorgt hat, dass Investitionen in unser Land angekurbelt, Arbeitsplätze erhalten und die Rente bis 2031 gesetzlich gesichert werden und gleichzeitig durchgesetzt hat, dass die SPD deutlich stärker im Kabinett vertreten ist als es das Wahlergebnis abbildet, hat meinen tiefsten Respekt für diese Durchsetzungskraft. Gleichzeitig hat er mit Bärbel Bas (Arbeit und Soziales), Verena**

Hubertz (Bau und Wohnen), Reem Alabali-Radowan (Entwicklungszusammenarbeit), Stefanie Hubig (Justiz), Boris Pistorius (Verteidigung), Carsten Schneider (Umwelt- und Klimaschutz) und Lars für Finanzen erstmalig MEHR Frauen als Männer ins Kabinett gebracht und dabei gleichzeitig einen Generationswechsel umgesetzt, der keinen Kompetenzverlust verkörpert. Für diesen Mut zu radikalen Entscheidungen, haben ihn die Delegierten auf dem **SPD-Parteitag vom 27.-29. Juni in Berlin** mit einem historisch schlechten Ergebnis von nur 64,9 Prozent bei der Wahl zum Vorsitzenden „abgestraft“, was ich als maßlos falsch und ungerecht empfunden habe. Gefreut hat mich dagegen, dass Bärbel Bas mit ganz starken 95 Prozent gewählt wurde und dass unser Lübecker Kollege Tim Klüssendorf das überragend gute Ergebnis von 90,8 Prozent als Generalsekretär ganz im Sinne einer „Neuaufstellung unserer Partei“ erhielt.

Eine sehr wichtige Debatte auf dem Bundesparteitag drehte sich außerdem um ein mögliches AfD-Verbotsverfahren. Ich persönlich – wie auch alle meine Fraktionskollegen der SPD – hätte nichts lieber, als dass die AfD-Bundestagsabgeordneten nicht länger täglich den demokratischen Diskurs im Parlament mit ihren Redebeiträgen vergiften würden, wie ich es hier im Bundestag seit fast acht Jahren mit einer immer schlimmeren Tonalität erleben muss. **Als Delegierte auf dem Bundesparteitag habe ich auch für den Antrag mit dem Titel „Wehrhafte Demokratie heißt handeln. Jetzt AfD-Verbotsverfahren vorbereiten – und die Menschen zurückgewinnen“ gestimmt.** Dennoch ist es auch Fakt, dass wir damit nur einen ersten Schritt gegangen sind, denn natürlich müssen wir zu diesem in der Koalition „heiklen Thema“ einen Konsens mit unserem Koalitionspartnern CDU/CSU und grundsätzlich parlamentarische Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat finden. Immerhin gibt es jetzt eine Verständigung mit den demokratischen Fraktionen über die Aufstellung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die sich intensiv mit einem AfD-Verbotsantrag und dem Austausch von Erkenntnissen auf Bund- und Länderebene

(mit deren 16 Landesverfassungsämtern!) beschäftigen und dazu u.a. auch externe Sachverständige befragen soll. Wir stehen damit erst ganz am Anfang eines langen, aber unvermeidlichen Prozesses für die Prüfung eines möglichen AfD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

S o m m e r p a u s e ? ? ? D e r Haushaltsausschuss bearbeitete den Haushalt 2025!

Als Finanzminister hat Lars Klingbeil in Rekordzeit den Regierungsentwurf für den Haushalt 2025 am 24. Juni im Kabinett beschließen lassen und den Entwurf für den Haushalt 2026 direkt am 30. Juli – beide in deutlich unter 100 Tagen nach der Regierungsbildung! **Ein solches Tempo gab es in der Geschichte der Bundesrepublik im Finanzministerium noch nie und wurde von Medien und der Öffentlichkeit nach den Jahren der quasi „Arbeitsverweigerung“ von Christian Lindner im Finanzministerium nach meiner Ansicht viel zu wenig gewürdigt. Ich bin froh, dass das Finanzministerium endlich wieder in kompetenten SPD-Händen liegt!**

Der Bruch der Ampel-Koalition am 6. November 2024 durch die Blockade von FDP-Finanzminister Lindner hatte (für ihn vorhersehbar!) mit den vorgezogenen Neuwahlen auch zur Folge, dass es bis zum Oktober 2025 für dieses Jahr keinen Bundeshaushalt gibt und Deutschland deswegen

einer „vorläufigen Haushaltsführung“ unterliegt. Das bedeutet, dass nur der laufende Betrieb von Bundesbehörden, rechtlich begründete Verpflichtungen des Bundes und die Fortsetzung von Bauprojekten oder Beschaffungen, wenn diese durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits bewilligt worden waren, finanziert werden konnten. NEUE Vorhaben der neuen Regierung wie z.B. Unterstützung für die schwächelnde Wirtschaft um Arbeitsplätze zu sichern oder dringende neue Investitionen können dann NICHT getätigt werden. Deshalb war dieses Rekordtempo zur Aufstellung und Beschlussfassung für den Bundeshaushalt 2025 natürlich enorm wichtig, wenngleich der – am 19. September vom Deutschen Bundestag beschlossen – erst zum Oktober in Kraft treten kann (der Bundesrat muss auch noch zustimmen!) und dann nur noch drei Monate gilt. Aber: je früher umso besser!

Die 1. Lesung zum Haushalt 2025 fand vom 8.–11.Juli in der letzten Woche vor der „sitzungsfreien Zeit“ statt, die (eigentlich) bis zum 8. September andauerte ... aber nicht für Mitglieder im Haushaltsausschuss! Wir arbeiteten stattdessen bis Ende Juli in Berlin intensiv, während Finanzminister Lars Klingbeil uns im Haushaltsausschuss am 30. Juli 2025 bereits den nächsten Bundeshaushalt für das Jahr 2026 vorstellte. Dabei wurde deutlich, dass die Verhandlungen über den 2026er Haushalt – wie zu erwarten - nicht gerade einfach werden. Ab Mitte August verhandelten wir intensiv den Haushalt



04.09.2025: Akkordarbeit im Bundestag – unzählige Maßnahmen zur Entlastung der Menschen wurden in der Vereinigungsitzung des Haushaltsausschusses zügig beschlossen

2025 innerhalb der Koalition, um bis zum 4. September mit der „Bereinigungssitzung“ unsere Beschlüsse abschließen zu können und die „vorläufige Haushaltsführung“ endlich zeitnah zu beenden. Währenddessen waren alle anderen Abgeordneten längst im Urlaub! Vom 15. Bis 18. September fand dann die 2./3. Lesung im Bundestag statt, wobei auch öffentlich deutlich wurde, dass wir als Koalition jetzt mit Hochdruck gewaltige Milliardenbeträge investieren, um unsere Wirtschaft endlich wieder „in Schwung“ zu bringen, um Arbeitsplätze zu sichern. Trotz enger Spielräume für die nächsten Haushalte, konnten wir einige Erfolge im Bundeshaushalt 2025 durchsetzen, die auch für die Menschen im Norden wichtig sind.

Bundeshaushalt 2025: SPD-Erfolge sind wichtig auch für die Region Ostholstein!

Die Sportmilliarde kommt! Mit einem neuen Programm zur „Sanierung kommunaler Sportstätten“ setzen wir ein wichtiges Versprechen aus dem Koalitionsvertrag um. Wir sorgen dafür, dass zahlreiche sanierungsbedürftige Sportanlagen in Deutschland endlich mit 45-prozentiger

Bundesförderung modernisiert werden können (NUR Sanierung oder Ersatzneubau, NICHT Neubau!). Antragsberechtigt sind kommunale Träger und die Förderhöhe liegt bei mindestens 250.000 Euro bis maximal 8 Mio. Euro. Im Gegensatz zu früheren Programmen dieser Art werden wir durch eine deutliche Vereinfachung und Verschlankung der Förderrichtlinien dafür sorgen, dass bei den beantragenden Kommunen als „Partner auf Augenhöhe“ sehr viel Bürokratie abgebaut werden kann, denn die Fördermittel werden durch eine Änderung der Bundeshaushaltssordnung pauschal zugewiesen. Zugleich werden die ausufernden Förderbestimmungen, Zweckverwendungsnachweise und weitere Formalitäten reduziert. Wer den Zustand vieler Sportanlagen auch in unserer Region kennt, kann sich nur freuen, denn eine Milliarde Euro in den nächsten vier Jahren sind ein kraftvolles Zeichen für den Sport, für die Kommunen und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sport steht für Teamgeist, Fairness und Gemeinschaftsgefühl – Werte, für die wir uns alle stark machen! Millionen von Sportlerinnen und Sportlern in Deutschland können mit ihren Vereinen



09.09.2022: Akkordarbeit im Bundestag mit geballter Frauenpower mit Arbeitsministerin Bärbel Bas, Kerstin Griesse, Svenja Schulze und Bundesagentur Chefin Andrea Nahles

profitieren, wenn die Beantragung schnell geht. Als Modellprojekt sorgen wir für eine effiziente und unbürokratische Förderung, denn wir wollen zugleich unser Land mit Tempo modernisieren und uns dabei aber auch ganz bewusst auf die für die Menschen drängendsten Maßnahmen konzentrieren.

Im Etat des Bundesministeriums des Inneren (BMI) haben wir die Mittel für das Technische Hilfswerk (THW) um insgesamt 12 Millionen Euro aufgestockt, wovon auch unsere Ortsverbände u.a. in Eutin, Neustadt und Oldenburg mit den vielen ehrenamtlich Engagierten und Kindern und Jugendlichen in der Nachwuchsarbeit profitieren werden: für den Erwerb von Einsatz-Ausstattung haben wir den Etat erneut massiv um 9,7 Mio. Euro verstärkt, für die Arbeit der Ortsverbände des THW zusätzlich 2 Mio. Euro und für das Engagement für die Projektförderung der THW-Jugend, für die Bundesvereinigung der Helfer und Förderer des THW e.V. sowie für die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) jeweils weitere 100.000 Euro bewilligt. Das THW erhält zusätzlich für Baumaßnahmen eine Milliarde Euro für die kommenden vier Jahre, um Investitionen langfristig abzusichern. Ich bin sehr glücklich, dass der Haushaltsausschuss auf Vorschlag unseres – auch in Ostholstein bestens bekannten – SPD-Berichterstatters Martin Gerster **2 Mio. Euro „on top“ für die Arbeit der 668 THW-Ortsverbände bundesweit beschlossen hat** – das sind fast 3.000 Euro pro Ortsverband und davon wird auch die ehrenamtliche Arbeit an den drei ostholsteinischen THW-Standorten in Eutin, Neustadt und Oldenburg **spürbar profitieren**. Insgesamt stehen damit 58,5 Mio. Euro – über 10 Mio. Euro mehr als im letzten Jahr – für die professionelle Arbeit der Ortsverbände und der vielen Helferinnen und Helfer für ihr wichtiges Engagement zur Verfügung! Die rund 88.000 Ehrenamtlichen und 2.200 Hauptberuflichen des THWs leisten jedes Jahr einen unverzichtbaren Beitrag zum Schutz unserer Gesellschaft, welcher unter anderem durch die steigende Gefahr klimabedingter Naturkatastrophen und der veränderten Sicherheitslage geforderter denn je ist. Ich freue mich gemeinsam mit den Verantwortlichen beim THW und beim DLRG über diesen Erfolg!



24. MAI 2025: Besuch beim THW in Oldenburg mit Bürgermeister Jörg Saba

Ich freue mich außerdem riesig, dass der Haushaltsausschuss insgesamt 17,3 Millionen Euro zusätzlich für die Stärkung des Handwerks beschlossen hat. Diese deutliche Erhöhung des Bundesanteils an der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung ist daran gebunden, dass die Bundesländer ihren hälftigen Anteil daran ebenfalls garantieren. Der Fachkräftemangel stellt für viele Handwerksbetriebe sowie kleine und mittlere Unternehmen eine der größten Herausforderungen dar. Klar ist: Wir brauchen in Deutschland dringend qualifizierten und gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs und wollen mithelfen, dass die Ausbildungsbedingungen für Jugendliche aus dem In- und Ausland attraktiv sind. Deshalb haben wir im Haushaltsausschuss durchgesetzt, dass die Bundesmittel zur Förderung der beruflichen Bildung bzw. der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung um 5,3 Mio. Euro auf 75,3 Mio. Euro gesteigert werden, so dass die duale Berufsausbildung in modernen Werkstatt- und Unterrichtsräumen und mit Projekten zur Nachwuchsgewinnung der Ausbildung gute Rahmenbedingungen bietet. Damit wollen wir auch Handwerksbetriebe entlasten, indem wir ein Drittel ihrer Lehrgangs- und Unterbringungskosten für ihre Auszubildenden übernehmen. Die überbetriebliche Ausbildung sichert uns anerkannte Fachkräfte. Gerade vor dem Hintergrund der steigenden technischen Anforderungen an Handwerkerinnen und Handwerker ist es wichtig, dass die

Werkstätten und Unterrichtsräume auf dem neusten Stand der Technik sind, weshalb wir die dafür eingeplanten Mittel für überbetriebliche Berufsbildungsstätten sogar um 12 Mio. Euro auf insgesamt 50 Mio. Euro erheblich erhöht haben. Eine weitere Million Euro mehr stellen wir für Projekte zur Transformation im Handwerk zur Verfügung, die Handwerksbetriebe in ihrem Übergang beim Finden und Binden von Auszubildenden und Fachkräften unterstützen - offene Stellen sollen damit passgenau mit Jugendlichen aus dem In- und Ausland besetzt werden können. Auch die NETZWERK-Unternehmen, die gezielt Flüchtlinge ausbilden und integrieren, erfahren jetzt mehr Unterstützung. Mir ist bewusst, dass die aktuelle Situation des Fachkräftemangels sich künftig weiter verschärfen wird und für unsere Handwerksbetriebe als wesentliche Gefahr bei ihrer erfolgreichen Entwicklung bedroht. Wir wollen unsere Betriebe unterstützen, damit sie die Fachkräfte bekommen, die sie angesichts dieser Herausforderungen brauchen.

Nicht für Ostholstein – aber sehr wohl für Schleswig-Holstein und für Kiel – besonders wichtig ist, dass wir im Haushaltsausschuss explizit für die Auftragerteilung des letzten Bauabschnittes für den Bau der Levensauer Hochbrücke über den Nord-Ostsee-Kanal bei Kiel zusätzlich 127 Mio. Euro im Rahmen der „Ersatz-, Aus- und Neubaumaßnahmen an Bundeswasserstraßen“ bewilligt haben. Die seit 2008 begonnenen Planungen für den Ersatzneubau waren damals mit insgesamt nur 47 Mio. Euro veranschlagt, sollten 2022 dann bereits 215 Mio. Euro kosten und wurden – auch im Zuge der geplanten Erweiterung der Oststrecke zwischen Rendsburg und Kiel – immer teurer. Die jetzt erforderlichen 127 Mio. dienen dazu, dass die Abschlussarbeiten des technisch anspruchsvollen Baus der Levensauer Brücke über den Nord-Ostsee-Kanal abschließend finanziert sind und somit ohne Verzögerungen umgesetzt können. Dieses Projekt ist enorm wichtig für den weiteren Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals. Für dessen reibungslosen Betrieb ist ebenfalls das Lotsen-Wesen ein unerlässlicher Bestandteil. Deshalb ist es eine gute Nachricht, dass der Haushaltsausschuss jetzt für den Haushalt



Fotograf: Maurice Weiss

2025 bis 2029 weitere 13,4 Mio. Euro „on top“ für die Lotsenausbildung bewilligt hat. Gut ausgebildete Lotsen sind ein Herzstück für das Funktionieren des Kanals und unserer Häfen, und deren Ausbildung muss langfristig sichergestellt werden. Und auch diese Nachricht wird viele Fans der beliebten Traditionsschiffe in unseren Häfen freuen: nachdem im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 keine Gelder mehr für die an unseren Küsten so beliebten Traditionsschiffe vorgesehen waren, hat der Haushaltsausschuss jetzt erneut 5 Mio. Euro zur Förderung von deren Erhalt und sicherem Weiterbetrieb beschlossen. Als Ostholsteinerin liegt mir natürlich auch der Erhalt des Travemünder Wahrzeichens, die „Viermastbark Passat“, am Herzen, deren Zustand auch Sorgen bereitet. Auch als Museumsschiff und beliebter Veranstaltungsort fällt es jetzt dennoch in den Bereich einer möglichen Förderung durch den Bund als Traditionsschiff. Ich würde mich über einen erfolgsversprechenden Antrag aus Lübeck natürlich freuen. All das sind gute Signale und starke Erfolge für den Norden, die wir mit den ersten Haushaltsverhandlungen in der neuen Koalition von SPD und CDU/CSU erreichen konnten.

Zur Debatte über die Stromsteuer und die Gasspeicherumlage

Nicht alles ist in den ersten Monaten der neuen Koalition gut gelaufen. Dazu gehört insbesondere die Entscheidung über die Stromsteuersenkung für das produzierende Gewerbe und für die Landwirtschaft im Koalitionsausschuss am 3. Juli 2025. Ich kann den Unmut sehr gut nachvollziehen, den es aufgrund der ausbleibenden Stromsteuersenkung für die privaten Haushalte gibt, denn ich hätte mir selbst eine andere Priorität gewünscht – z.B. die Absenkung der Stromsteuer zu Gunsten der Privathaushalte und dafür ein erst späteres Inkrafttreten der Mütterrente. Aber leider ward diese Priorisierung mit einem CDU/CSU-Koalitionspartner absolut nicht einigungsfähig! So bitter es ist: An solchen Stellen spürt man dann schmerzlich, dass die SPD bei der letzten Bundestagswahl nur 16,4 Prozent der Stimmen erhalten hat! Da die Entlastung der Privathaushalte im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, aber leider – wie andere Maßnahmen auch – unter „Finanzierungsvorbehalt“ steht, ist klar, dass diese Absenkung definitiv umgesetzt werden wird – allerdings noch nicht jetzt. Der Koalitionsausschuss hat am 2. Juli aber beschlossen, dass weitere Entlastungsschritte – insbesondere eine Senkung der Stromsteuer für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die gesamte Wirtschaft – folgen sollen, sobald hierfür finanzielle Spielräume bestehen. Dennoch ist es Fakt, dass trotzdem schon alle Stromverbraucherinnen und -verbraucher durch die teilweise Übernahme der Übertragungsnetzentgelte sowie Umlagen um 6,5 Mrd. Euro aus dem „Klima- und Transformationsfonds“ (KTF) jetzt (!) entlastet werden. Durch diese jetzt als ersten Schritt vereinbarten Maßnahmen der Koalition zur Senkung der Energiepreise werden ALLE Verbraucherinnen und Verbraucher, Privathaushalte und Familien bereits um bis zu 3 Cent pro Kilowattstunde entlastet. Dadurch spart eine vierköpfige Familie durchschnittlich 100 Euro pro Jahr.

Die ebenfalls vielfach kritisierte Entscheidung des Koalitionsausschusses vom 2. Juli 2025, die Gasspeicherumlage mit 3,4 Mrd. Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu finanzieren, geht vom Grundsatz

her auf eine Entscheidung der Ampel-Regierung mit Wirtschaftsminister Robert Habeck als Reaktion auf Deutschlands fatale Abhängigkeit nach Ausbruch des Ukraine-Krieges von russischen Gaslieferungen zurück. Diese Abhängigkeit wurde dadurch vergrößert, dass in der Verantwortung eines CDU-Wirtschaftsministers nicht nur die Gasspeicher in Deutschland an russische Unternehmen privatisiert worden, sondern außerdem leider fast leer waren. Darum musste nach dem 24. Februar 2022 von Robert Habeck sehr teuer Gas aufgekauft werden, um die Energiesicherheit in staatlichem Interesse zu gewährleisten und die Gasspeicher zu füllen. Als Konsequenz darauf wurde 2022 die „Trading Hub Europe GmbH“ beauftragt, im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes, zum 1. Dezember 2022 – und auch in den Folgejahren stets zum Winterbeginn Anfang Dezember – den Gasspeicherfüllstand (befristet bis April 2027) zu 90 Prozent zu garantieren. Die Kosten, die dadurch entstanden, konnten aus Gründen eines knappen Haushaltes – obwohl im Bundesinteresse – nicht aus Steuermitteln beglichen werden, sondern wurden mit der beschriebenen „Gasumlage“ auf alle Gaskunden abgewälzt. **Auf diese Maßnahme reagiert die jetzige Regierung zu Recht, weil die Verfügbarkeit von Gas (bis April 2027) anerkanntermaßen eine notwendige „Brückentechnologie“ in der Transformationsphase von erneuerbaren Energien und einer klimafreundlichen Energieversorgung in Deutschland darstellt, die nicht allein den Gaskunden angelastet werden sollte.** Diese Entlastung der Gaskunden ist nur gerecht und wird aus meiner Sicht auf keinen Fall dazu führen, dass der Verbrauch von Erdgas „attraktiver“ oder der Umstieg auf erneuerbare Energien „unattraktiver“ wird. Diese Entlastung der Gaskunden um 3,4 Mrd. Euro findet nur einmalig 2025 statt, um das Gasspeicherumlagenkonto der „Trading Hub Europe GmbH“ vereinbarungsgemäß (aus Steuermitteln) auszugleichen. Insofern kann von einem „klimapolitisch fatalem Signal“ keineswegs die Rede sein. Hinzu kommt, dass **im KTF allein für 2025 15,3 Mrd. NUR für die Förderung von Maßnahmen der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien im Gebäudebereich beschlossen worden sind.**

Davon werden 7,1 Mrd. Euro für die „Bundesförderung für effiziente Gebäude – Einzelmaßnahmen“ eingeplant. Mit diesem Programm werden Investitionen in die Gebäudehülle, die Anlagentechnik, in Wärmeerzeuger und die Heizungsoptimierung ganz gezielt gefördert. Weitere 4,9 Mrd. Euro sind für die „Bundesförderung für effiziente Gebäude – Wohngebäude“ bewilligt worden. Damit wird die Sanierung von Wohngebäuden zur Steigerung der Energieeffizienz durch Eigentümerinnen und Eigentümer massiv gefördert.

„Verpatzte“ Richter*innenwahl am 11. Juli sorgt für Vertrauensverlust!

Neben der Stromsteuersenkung war natürlich die – durch die CDU/CSU-Fraktion – völlig verpatzte Wahl der Richterinnen und Richter zum Bundesverfassungsgericht am letzten Sitzungstag des Bundestages vor der Sommerpause am 11. Juli DAS große Streithema und erhielt die Gemüter den ganzen Juli und August über. Die Verantwortung für diesen beispiellosen Vorgang in der Geschichte des Parlamentes in Deutschland trägt eindeutig Jens Spahn, der uns Wochen vor der Wahl versichert hatte, dass Frauke Brosius-

Gersdorf die Unterstützung der Union habe. **Im Richterwahlausschuss am 7. Juli haben alle drei Kandidierenden – Frauke Brosius-Gersdorf, Ann-Katrin Kaufhold und Günter Spinner – im Anschluss auch die notwendige 2/3-Mehrheit erhalten.** Auf den letzten Metern hatte Jens Spahn seine Fraktion dann allerdings ganz offensichtlich nicht „im Griff“. Es war schockierend zu sehen, wie sehr sich die Unionsfraktion von rechten Hetzkampagnen beeinflussen ließ und wie schnell sie eine hervorragende Professorin und Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht – Frauke Brosius-Gersdorf – in aller Öffentlichkeit aufgrund nachweislich falscher Behauptungen diskreditiert und demonstriert hat. Jens Spahn hatte als Verursacher dieser unentschuldbaren „Schmierentragödie“ nicht einmal die Größe, Frauke Brosius-Gersdorf in die Unionsfraktion zum Gespräch einzuladen, obwohl sie das sogar öffentlich angeboten hatte – zumindest DAS hätte ja der Anstand geboten. Bei allen Differenzen, die es mit der Union in Sachfragen gibt, hätte ich dieses Desaster nicht für möglich gehalten. Jetzt gibt es eine neue SPD-Kandidatin und eine neue Chance für die CDU/CSU diesen Anstand zu beweisen.



Nur noch 120 SPD-Abgeordnete – unsere neue SPD-Bundestagsfraktion



24.05.2024: In der Deutschen Botschaft in Riga mit dem Botschafter Christian Heldt

Verantwortung für Europa: als Vorsitzende der Baltischen Parlamentariergruppe gewählt!

Ich habe mich riesig gefreut, dass ich im September zur neuen Vorsitzenden der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe gewählt wurde, da ich bereits in der letzten Wahlperiode als stellvertretende Vorsitzende oft zu Gesprächen in Estland, Lettland und Litauen war und deshalb die berechtigten Sorgen und Ängste der Menschen vor einer Aggression Putins sehr gut kenne. Die Entscheidung von Boris Pistorius und Olaf Scholz im Juni 2023, dass wir im Rahmen unserer Verantwortung innerhalb der NATO für die Sicherung der Ostflanke Europas eine dauerhafte Stationierung von bis zu 5.000 Soldatinnen und Soldaten als „Brigade Litauen“ in Rūdninkai und Rukla (nahe der beiden Großstädte Vilnius und Kaunas) bis 2027 bis zur vollen Einsatzbereitschaft aufbauen, ist im ganzen Baltikum mit großer Erleichterung aufgenommen worden. Ich habe großen Respekt vor der Leistung unserer Soldatinnen und Soldaten, die dort diesen Aufbau logistisch vorbereiten und die ich bei meinen offiziellen Besuchen im November 2023 und Oktober 2024 zum Gedankenaustausch mit den litauischen Partnern besucht habe. Ich liebe die Landschaft und Kultur der drei baltischen Staaten, die offene und herzliche Einstellung der Menschen und habe – da meine Schwiegertochter und

Mama meines jüngsten Enkelkindes aus Litauen kommt und mit meinem Sohn auch viele Jahre in Vilnius gelebt hat – auch ganz persönliche Kontakte zu den Menschen dort. Vilnius, Riga und Tallinn sind drei zauberhafte Hauptstädte, deren Geschichte als Hansestädte eine starke Verbindung zu allen Ostsee-Anrainern und auch zu uns Deutschen haben. Wer noch nicht da war, sollte unbedingt einmal hinfahren! Unsere Soldatinnen und Soldaten werden dort mit offenen Armen empfangen – auch deutsche Schulen und Kindergärten sind bereits im Bau.

Außerdem wurde ich zur stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentariergruppe gewählt die sich um die Beziehungen zu Bulgarien, Rumänien und der Republik Moldau kümmert. In Moldau bin ich auf meinem Weg in die Ukraine im Oktober 2022 erstmals gewesen, und war tief beeindruckt von den Menschen und der pro-europäischen Regierung in diesem ärmsten Land Europas, das dennoch 2022 die pro Einwohner höchste Anzahl an Flüchtlingen aus der Ukraine aufgenommen hat. Moldau hat – ebenso wie Georgien und die Ukraine – bisher nur die „Anwartschaft“ als Mitglied in der Europäischen Union, ist nicht NATO-Mitglied und hat mit Transnistrien eine große russische „Enklave“, über die Russland massiv Einfluss zu nehmen und die proeuropäische Regierung zu stürzen versucht. Es ist mir ein großes Anliegen, mit den Parlamentariern



07.10.2024: Als Delegationsleiterin mit 25 Haushaltskollegen mit Pst Thomas Hitschler im Verteidigungsministerium zu Besuch der Brigade in Litauen

dieser Länder über den Einfluss Russlands auf die Menschen und künftige Wahlen direkt zu sprechen, da Putin gerade Moldau – aber auch Rumänien und Bulgarien als EU-Nachbarn – mit Desinformationskampagnen und Sabotageakten zu destabilisieren versucht und für politische Unruhe sorgt. Es ist im Interesse von Europas Sicherheit, diese Partnerländer zu unterstützen und uns solidarisch zu zeigen. Da die AfD leider den Vorsitz in dieser Parlamentariergruppe erhalten hat, ist es für mich besonders relevant, als Stellvertreterin das Bild der Mehrheit des Deutschen Bundestages in dieser sensiblen Region klar und offensiv zu repräsentieren.

Seit 23 Jahren bin ich außerdem non-stop Mitglied in der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe und halte auf parlamentarischer Ebene seitdem den offenen Austausch mit unseren Freunden in Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Island aufrecht. Am 16./17. Juni war ich zwei Tage in Kopenhagen, um auf Einladung der Vertreter der Minderheiten in Dänemark gemeinsam mit den zuständigen Landtagsabgeordneten aus Kiel Gespräche zu führen und ab 22. Oktober werde ich zusammen mit Kollegen aller Fraktionen aus dem Haushaltsausschuss Kopenhagen, Oslo und Bergen/Norwegen mit dem Schwerpunkt skandinavischer Energie-, Meeresschutz- und Klimapolitik besuchen. Dänemark hat aktuell auch die EU-Ratspräsidentschaft. Da passt es, dass ich auch stellvertretendes Mitglied für die SPD in der Bundestagsdelegation der Ostseeparlamentarierkonferenz und – weil ich im Haushaltsausschuss seit

vielen Jahren für Europa zuständig bin – in der „Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU“ bin.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, in diesem Rückblick finden Sie außerdem eigene Kapitel zu Schwerpunktthemen, über die ich traditionell immer wieder informiere: da spielt natürlich die aktuelle Debatte zur Rentenreform – angereichert durch etliche Fakten – eine wichtige Rolle, aber auch die Gesundheitspolitik, mein Engagement für Mutter-Vater-Kind-Kuren oder für die Palliativ- und Hospizarbeit in Ostholstein. Wie immer gibt es ausführliche Informationen über die in den letzten Monaten turbulenten Entwicklungen zur Festen Fehmarnbeltquerung, zur geplanten Sundquerung, zur mehrjährigen Verschiebung der Inbetriebnahme der Gesamtstrecke und zur Problematik der Hinterlandanbindung mit besonderem Blick auf die Situation in Bad Schwartau. Auch zum Thema „Munitionsaltlasten in der Ostsee“ gibt es Neues – und Positives – zu berichten: SPD-Umweltminister Carsten Schneider garantiert die Fortsetzung des Pilot-Projektes zur Bergung der Weltkriegsmunition in der Ostsee „vor unserer Haustür“, was bis zur Bundestagswahl keineswegs sicher war. Ausführlich berichte ich auch über meinen „Direkten Draht zur Jugend“ und die vielen, vielen Schulklassen, die ich in den letzten Monaten wieder besucht bzw. mit denen ich mich im Bundestag zum Gespräch getroffen habe. Ich wünsche viel Freude beim Lesen!

Ihre Beatrix Unger



Ein harter Winterwahlkampf mit meinem großartigen Team



17.02.2025: Mit meinen Wahlkampfunterstützerinnen und Unterstützer aus Malente und Ahrensök mit Carmen Weber, Gudrun Ott und Charlotte Krowke



18.09.2025: Meine Schlussrede zum Bundeshaushalt 2025 im Plenum



11.02.2025: Mit unserem vorherigen Generalsekretär Kevin Kühnert im Plenum

DIE GESETZLICHE RENTE IST STABILER ALS IHR RUF!

Die „Lieblingserzählung“ von CDU/CSU und FDP und allen neoliberalen Kommentatoren ist seit 20 Jahren, dass unser deutsches Rentensystem angeblich vor dem Kollaps stünde, nicht zukunftsfähig sei und eine unverantwortbare Belastung für die jüngere Generation, wenn wir es nicht endlich „reformieren“ (was ein harmloser Begriff ist für das, was sie wirklich vorschlagen: Rentenkürzungen!). Um genau DAS zu verhindern, hatten wir Sozialdemokraten bereits im Koalitionsvertrag der Ampel ein „Rentenpaket II“ fest vereinbart, mit dem das jetzige Rentenniveau bei 48 Prozent und gleichzeitig die Beiträge zur Rentenversicherung bis weit in die dreißiger Jahre stabilisiert werden sollten, da die bisher gültige gesetzliche Garantie dafür im Juni 2025 enden würde. Am 29. Mai 2024 legte der damalige Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das „Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetz“ im Kabinett zum Beschluss vor und auch die widerborstige FDP versprach, dass es mit dem Bundeshaushalt 2025 im November beschlossen werden würde. Wir hatten im Herbst 2024 die 1. Lesung dazu im Parlament und eine Sachverständigenanhörung. Aber jeder weiß, was danach – am Tage der Trump-Wahl – passierte: 6 Tage (!) vor dem Beschluss über den Bundeshaushalt 2025 und über dieses Rentenpaket „platzte“ die Ampel aufgrund der Verweigerung von Christian Lindner und seiner FDP. Aber auch die CDU/CSU betonte im Bundestag und im Wahlkampf immer wieder – nahezu wortgleich mit der FDP –, dass u.a. die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren wieder abgeschafft werden müsste und ein Renteneintritt erst mit 70 Jahren kein Tabu sein dürfe, weil wir uns das ansonsten in Deutschland „nicht leisten“ könnten. Nur wir Sozialdemokraten gingen in den Bundestagswahlkampf mit dem festen Versprechen, dass wir NUR in eine Regierung gehen würden, wenn diese Absicherung von einem Rentenniveau von 48 Prozent und gesetzlich stabilisierten Beiträgen umgesetzt werden würde.



Foto: SPD-newsdesk

Rentenniveau bis 2031 stabilisiert: Versprochen – Gehalten!

Vor dem Hintergrund der „konservativen Kürzungsfantasien“ bei den Renten war es ein enormer Erfolg, dass wir im Koalitionsvertrag mit der Union die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2031 durchsetzen konnten und mit unserer Sozialministerin Bärbel Bas das Bundeskabinett bereits am 6. August – nach weniger als 100 Tagen Regierungszeit – genau dieses Gesetz beschlossen hat. Jetzt wird dieses „Rentenpaket“ im Bundestag beraten und – nach Sachverständigenanhörungen – noch in diesem Jahr im Parlament abgeschlossen. Nur so ist dann gewährleistet, dass das Rentenniveau nach dem bisher gesetzlich fixierten Ende im Juni 2025 nicht sinkt und die Renten weiterhin systematisch analog zu den Löhnen steigen. Es ist befremdlich, dass prominente CDU-Vertreter*innen wie zuletzt zum wiederholten Mal Wirtschaftsministerin Katarina Reiche öffentlich diese Einigung zum Rentenpaket – die sie im Koalitionsvertrag selbst mitgetragen und sogar im Kabinett am 6. August mit beschlossen haben – kritisieren und in Frage stellen und eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf bis zu 70 Jahre und die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren (zwei Jahre VOR

dem regulären Renteneintritt) fordern. Während die Konservativen keinen Moment versäumen, um das Hin und Her und die fehlende Verlässlichkeit von Kompromissen in der Ampel zu kritisieren, machen sie selbst genau das Gleiche und sorgen damit in der neuen Koalition für permanente Provokation. Wer erzählt, man könne durch Sparen, Streichen und Reformen die Staatsausgaben in Deutschland so begrenzen, dass unsere jetzige Steuer- und Abgabenquote dauerhaft auskömmlich wäre oder sogar gesenkt werden könne, der täuscht die Menschen – oder strebt den Abschied vom Sozialstaat, die Aufgabe staatlicher Solidarität und eine Gesellschaft nach angloamerikanischem Vorbild an. Besonders schwierig ist es, wenn sich selbst Bundeskanzler Friedrich Merz – unterstützt von diversen konservativen Ökonomen wie Veronika Grimm – hinstellt und behauptet, dass wir angeblich „über unsere Verhältnisse lebten“ und den Sozialstaat, wie wir ihn heute kennen „nicht mehr finanzieren könnten“, während sie sich parallel stur verweigern, die wenigen sehr Gutverdienenden und Vermögenden mit einer gerechten Steuerpolitik stärker an der Solidarität in unserer Gesellschaft zu beteiligen. Eine vermeintliche „Reform“ der gesetzlichen Rentenversicherung, die die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre oder eine Abschaffung der Möglichkeit, nach 45 Beitragsjahren ohne Abschläge in Rente zu gehen, vorsieht, wird es in jedem Fall mit der SPD nicht geben. Da wir im künftigen Bundeshaushalt 2027 aber ein „Loch“ von mindestens 30 Mrd. Euro haben werden, muss die Frage nach einer gerechten Steuerpolitik in dieser Koalition in jedem Fall im kommenden Jahr geklärt werden – einen Kahlschlag bei der Rente darf definitiv nicht geben.

Gleichung der SPD: „Gute Arbeit + Faire Löhne = Sichere Rente“

Nur die SPD steht aus Überzeugung für die Gleichung „Gute Arbeit + Faire Löhne = Sichere Rente“. Und dafür gibt es mit Blick auf die letzten 20 Jahre eindeutige Beweise! Natürlich ist seit Jahrzehnten offenkundig, dass unsere alternde Gesellschaft und der demografische Wandel unser gesetzliches Rentensystem herausfordern. Es ist auch

richtig, dass in Deutschland seit über 40 Jahren zu wenige Kinder geboren werden, um langfristig einerseits dem Fachkräftebedarf unserer Wirtschaft zu erfüllen und Wohlstand zu sichern und damit andererseits eben auch die Rentenkasse angesichts steigender Ruheständler zu stützen. Das faktische Renteneintrittsalter liegt derzeit übrigens bei 64,7 Jahren und steigt seit 20 Jahren schrittweise aufgrund der Rentenreform von 2006, die wir Sozialdemokraten mit unserem damaligen Sozialminister Franz Müntefering gemacht haben – eine der größten Sozialreformen der Nachkriegszeit, die übrigens ausdrücklich der Generationengerechtigkeit diente! Als SPD setzen wir jetzt weiterhin auf eine gute Arbeitsmarktpolitik, die Menschen qualifiziert, faire Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht und möglichst viele Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeit bringt, weil dies der nachhaltigste Weg zur Stabilisierung der Rente ist.

Fakten zur Rentenreform von 2006 und ihren Ergebnissen

Aufgrund des demografischen Wandels haben wir 2006 auf Initiative des damaligen SPD-Arbeits- und Sozialministers Franz Müntefering die schrittweise Anhebung des Rentenalters in Deutschland auf 67 Jahre in der ersten Großen Koalition beschlossen. Tatsache ist: diese Anhebung erfolgt seit 2006 über 25 Jahre schrittweise: Ich persönlich werde in diesem Jahr noch 70 Jahre alt und hatte mein gesetzliches Renteneintrittsalter als Jahrgang 1955 bereits vor vier Jahren mit 65 Jahren und 10 Monaten erreicht. Was vielen nicht bewusst ist: Die 1. Rentnergeneration, die bis zum 67. Lebensjahr arbeiten muss, wird erst 2031 in die Rente eintreten. Ich habe diese Reform 2006 nicht nur im Bundestag mit beschlossen, sondern fand sie auch ausdrücklich angesichts der stark wachsenden Lebenserwartung richtig und habe sie immer öffentlich und parteiintern gegen Kritik verteidigt. Rückblickend kann ich feststellen, dass die Statistiken und Prognosen der Wissenschaftler und Experten damals zwar in der Tendenz richtig, aber tatsächlich viel zu negativ waren.

Rentenbeiträge seit 2018 stabil bei 18,6 Prozent – 1998 bei 20,3!!!

Zur Erinnerung: Helmut Kohl hinterließ Rot-Grün 1997/98 einen Rentenbeitragssatz von 20,3 Prozent, der – trotz zwischenzeitlich 5 Millionen Arbeitslosen – unter Rot-Grün immerhin bis 2001/2002 auf 19,1 Prozent gesenkt werden konnte. 2003 stieg der Beitragssatz zwar auf 19,5 Prozent und von 2007 bis 2011 auf 19,9 Prozent – aber es wurde seitdem nie wieder die 20-Prozent-Marke aus der Helmut-Kohl-Zeit überschritten. Während 2006 von den Rentenexperten noch prognostiziert wurde, dass zeitnah Rentenbeiträge von über 22 Prozent erforderlich sein würden, ist es tatsächlich ein Fakt, dass die Beitragssätze zur gesetzlichen Rente schon 2015 auf 18,7 Prozent abgesenkt werden konnten und seit 2018 bis heute stabil bei 18,6 Prozent stehen. Auf ansteigende Rentenbeiträge versuchen wir politisch zu verzichten, weil dadurch der „Faktor Arbeit“ für Arbeitnehmer und Arbeitgeber belastet und das Netto-Einkommen verringert wird. Am 30. November 2006 argumentierte Franz Müntefering, dass – aufgrund der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre (Zitat) „der Rentenversicherungsbeitrag in Höhe von 19,9 Prozent bis zum Jahr 2020 stabil bleiben“ könne, während er tatsächlich seit 2015 mit aktuell 18,6 Prozent sogar 1,3 Prozentpunkte darunter liegt. Gleichzeitig ist das Rentenniveau auch nicht auf 46 Prozent gesunken, wie es noch vor knapp 20 Jahren prognostiziert wurde, sondern ist längst gesetzlich bei 48 Prozent gesichert.

Steuerzuschuss zur gesetzlichen Rente seit 20 Jahren prozentual gesunken!

In der aktuellen Debatte darüber, dass wir uns (angeblich) „unseren Sozialstaat auf diesem Niveau nicht mehr leisten“ können und darum „länger arbeiten“ oder „Leistungskürzungen hinnehmen“ müssten, wird von den Konservativen und Neoliberalen gerne argumentiert, dass die Zuschüsse (aus Steuern) in die gesetzliche Rente Jahr für Jahr steigen – was natürlich angesichts steigender Renten und immer mehr Rentenempfängern zweifelsohne stimmt. Allerdings kommt es gar nicht auf diese Summe an sich an,

sondern darauf, wie dieser Betrag sich prozentual zum Gesamthaushalt des Bundes entwickelt: so gab der Bund von 2001 (knapp 70 Mrd. Euro) bis 2019 (knapp 98 Mrd. Euro) zwar schrittweise 28 Mrd. Euro MEHR pro Jahr für die gesetzliche Rente aus. Aber im Verhältnis zum Gesamt-Etat SANK dieser Zuschuss im gleichen Zeitraum von 28,6 Prozent (2001) auf 27,4 Prozent (2019), und lag 2024 mit gut 116 Mrd. Euro bei „nur“ 24,4 Prozent. Daran kann man sehen: die „Experten“, die aktuell gerne dem gesetzlichen Rentensystem den bevorstehenden Kollaps in Talkrunden im Fernsehen prognostizieren und dies an nominal steigenden Ausgaben des Bundes für die Renten festmachen, argumentieren oft absolut nicht faktenbasiert, sondern verfolgen möglicherweise (?) auch ganz andere Interessen.

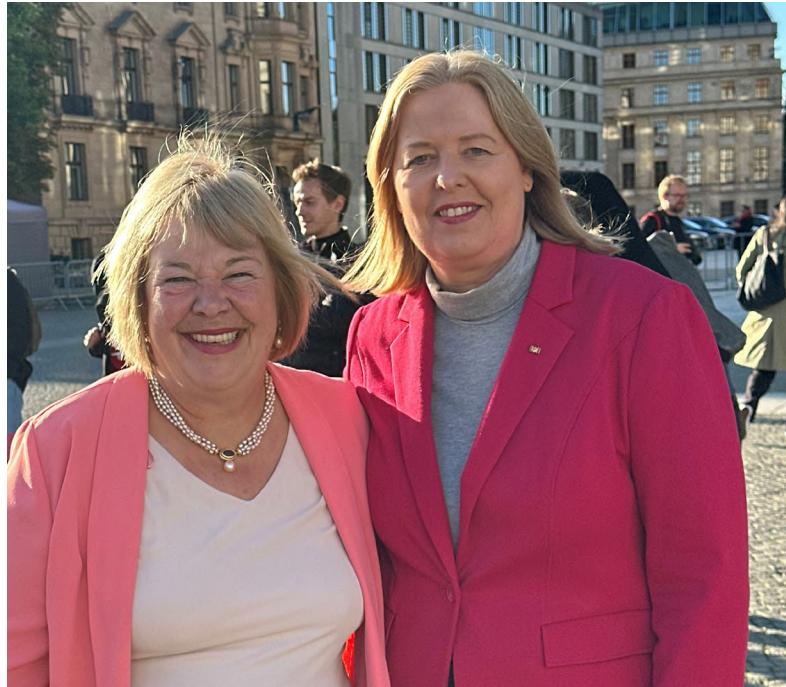
„Gute Arbeit + Faire Löhne = Sichere Rente“!

Warum hat sich die Stabilität unseres Rentensystems seit 20 Jahren so viel besser entwickelt als damals prognostiziert? Weil der entscheidende stabilisierende Faktor unserer Sozialversicherungssysteme



03.06.2022: Mit unserem ehemaligen Arbeitsminister Hubertus Heil

die Anzahl der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler ist. Aktuell haben wir mit knapp 46 Millionen Menschen die höchste Anzahl an Erwerbstägigen in Deutschland! In den letzten 20 Jahren und es konnte die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von damals 26,5 Millionen auf heute 34,9 Millionen um über 8 Millionen Beitragszahlerinnen und Beitragszahler gesteigert werden! In den letzten 20 Jahren hat zudem der massive Ausbau der Betreuung von Kindern in Krippen, Kitas und Ganztagsangeboten an Schulen hunderttausende Mütter aus den Minijobs geholt und ihnen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglicht – wenn wir diese Betreuungsangebote weiter verbessern, dann wird das künftig nicht nur die Beiträge für unsere sozialen Sicherungssysteme stabilisieren, sondern auch das immer noch bestehende Altersarmut-Risiko von Müttern verringern. Gleichzeitig wurden in den letzten 20 Jahren enorm viele Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland in qualifizierte Arbeit vermittelt und stützen damit ebenfalls unser Renten- und Gesundheitssystem. Und weil wir den Mindestlohn mit 8,50 Euro 2015 erstmals eingeführt und bis heute auf knapp 14 Euro schrittweise für 6,6 Millionen Beschäftigte massiv erhöht haben, während Gewerkschaftler und Betriebsräte in den letzten Jahren in Zeiten ständig steigender Rekordbeschäftigung sehr erfolgreich faire Lohnsteigerungen durchsetzen konnten, wurden die Renten seit 2022 jeden Sommer um ca. 4,5 Prozent und zum 1. Juli 2025 um immerhin 3,74 Prozent angehoben – diese Rekordsteigerungen waren möglich, weil die Rentenerhöhungen gesetzlich an die Lohn- und Gehaltssteigerungen des Vorjahres geknüpft sind. Übrigens: auch diese Regelung stellen CDU/CSU und FDP in Frage. Aber DAS wird niemals geschehen mit der Zustimmung von uns Sozialdemokraten, denn klar ist: am besten wird unser Rentensystem durch eine Arbeitsmarktpolitik mit sozialdemokratischer Handschrift gestärkt!



24.09.2025: Zum Tariftreuegesetz mit der Arbeitsministerin Bärbel Bas

Stabilisierung des Rentenniveaus bis 2031 beschlossen im Bundeskabinett!

Das im Koalitionsvertrag beschlossene „Rentenpaket“ wurde am 6. August 2025 im Bundeskabinett beschlossen und geht in diesem Herbst in die parlamentarische Beratung. Fakt ist: es ist falsch, dass damit die junge Generation benachteiligt wird. Denn: Während das Rentenniveau bei 48 Prozent bis 2031 gesetzlich stabilisiert wird, gelingt es dennoch, den Beitragssatz nach heutigen Prognosen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bis 2040 (!) um nur 2,8 Prozentpunkte auf 21,4 Prozent zu steigern – zur Erinnerung: das sind nur 1,1 Prozent mehr als noch unter Helmut Kohl in den späten 90er Jahren. Zur Erinnerung: Damit wird die Steigerung des Beitragssatzes in den kommenden fünfzehn Jahren (!) wahrscheinlich weniger stark als in den fünf Jahren (!) zwischen 1968 und 1973 ausfallen, als der Beitragssatz um 3,0 Prozentpunkte von 15 auf 18 Prozent angehoben wurde. Und DAS soll jetzt angeblich der „Kollaps“ unserer gesetzlichen Rentenversicherung sein? Was steht noch drin im „Rentenpaket“ vom 6. August 2025?

Ausweitung der Mütterrente

Bereits im Koalitionsvertrag haben wir uns mit der CDU/CSU auf die Einführung der Mütterrente III geeinigt, die ab dem 1. Januar 2027 gelten soll und mit der wir eine Gerechtigkeitslücke schließen. Denn für Kinder, die vor 1992 geboren worden sind, wurden bisher nur zweieinhalb Erziehungsjahre in der Rente für die Mütter anerkannt, während es bei später geborenen Kindern drei Jahre sind. Diese Ungleichbehandlung beenden wir nun, sodass Erziehungszeiten für die ersten drei Lebensjahre aller Kinder rentenrechtlich gleichgestellt werden – denn die Betreuung von Kindern ist ein gesellschaftlicher Mehrwert, unabhängig vom Geburtsjahr. Rund 10 Millionen Menschen werden von dieser Erhöhung der Mütterrente profitieren.

Frühstart-Rente, Betriebsrentenstärkung und flexibles Arbeiten im Alter

Im Koalitionsvertrag haben wir uns außerdem auf die Einführung der „Frühstart-Rente“ geeinigt, um die kapitalgedeckte Altersvorsorge für die nachfolgenden Generationen zu ermöglichen. Konkret wollen wir zum 01.01.2026 für jedes Kind vom sechsten bis zum 18. Lebensjahr, das eine Bildungseinrichtung in Deutschland besucht, pro Monat zehn Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes Altersvorsorgedepot einzahlen. Der in dieser Zeit angesparte Betrag kann anschließend ab dem 18. Lebensjahr bis zum Renteneintritt durch private Einzahlungen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag weiter bespart werden. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein. Dieses Sparkapital ist vor staatlichem Zugriff geschützt und wird erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt. Ein weiterer Bestandteil unserer Rentenpolitik ist die Stärkung von Betriebsrenten. Mit dem ersten Betriebsrentenstärkungsgesetz und der Einführung der spezifischen steuerlichen Förderung von Geringverdienden sowie der neuen Form tariflicher Sozialpartnermodelle wurden 2018 wichtige

Impulse gesetzt. Diese Ansätze werden nun im zweiten Betriebsrentenstärkungsgesetz weiterentwickelt, damit die Betriebsrente für mehr Menschen selbstverständlicher Teil der Alterssicherung wird und Beschäftigte später ohne finanzielle Sorgen in Rente gehen können. Wir werden das Arbeiten neben der Rente auch attraktiver gestalten, indem wir die Aktivrente einführen werden. In bestimmten Berufszweigen können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer problemlos über das Rentenalter hinaus arbeiten und ihre wertvolle Erfahrung zur Verfügung stellen und wollen das auch. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat schon bald steuerfrei. Damit leiten wir wichtige Schritte zur Sicherung sowohl der Arbeitskraft als auch der finanziellen Sicherheit im Alter in die Wege.



31.05.2025: Auf der Rentendemo in Stockelsdorf





19.12.2024: Diese Bilanz kann sich sehren lassen! (Foto: spd-nwesdesk)



03.06.2022: Gute Arbeit+Faire Löhne sorgen für sichere Renten. Damit schaffen wir den Anreiz, dass viele Frauen einer Vollbeschäftigung nachgehen.

MUNITIONSALTLASTEN IN DER OSTSEE



15.07.2024: Meine Veranstaltung zur Munitionsaltlasten mit den Experten und Referenten Ingo Ludwichowski (NABU), Unternehmer Jann Wendt, Leiterin Nabu/Ostseeschutz SH Dagmar Struß mit den SPD-Umweltexperten Michael Thews MdB, Prof. Dr. Edmund Maser, Sandra Redmann, MdL

Die Munitionsaltlasten aus dem 2. Weltkrieg in der Ostsee sind ein toxisches Erbe, das die mit der zunehmenden Verrottung der Metall-Gehäuse eine immer größere Gefahr für Muscheln, Fische und letztlich den Menschen darstellen. Seit Jahren beschäftigen wir uns mit der sachgerechten Entsorgung und der Sicherstellung von technischem Knowhow zur Bergung durch hochqualifizierte Unternehmen im Norden - ein wichtiges Thema, für das es bis 2022 weder eine Lösung noch eine realistische Finanzierung gab. Fakt ist: Fast 80 Jahre nach Kriegsende liegen noch ca. 1,6 Mio. Tonnen an konventionellen Waffen auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee. Die verrottende Munition ist eine tickende Zeitbombe für Natur und Mensch in unserer Region. Diese milliardenschwere Entsorgung muss als gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern angepackt werden, wofür ich mich seit langem – letztlich erfolgreich – eingesetzt habe.

Bereits am 17. August 2022 und am 15. Juli 2024 hatte ich gemeinsam mit dem damaligen SPD-Umweltexperten im Haushaltsausschuss, Michael Thews, und der SPD-Umwelt-Fachfrau im Landtag, Sandra Redmann, zu zwei öffentlichen Veranstaltungen mit dem Titel "SOS für die Ostsee: Warum wir jetzt endlich mit der Bergung von Munitionsaltlasten loslegen müssen" ins Haffhuus der Gemeinde

Scharbeutz mit jeweils über 130 interessierten Gästen eingeladen. In beiden Veranstaltungen informierten als Experten der renommierte Toxikologe und Pharmakologe der Uni Kiel, Prof. Dr. Edmund Maser, Jann Wendt, CEO von north.io, und Dagmar Struß, Leiterin der NABU Landesstelle Ostseeschutz, die Anwesenden über die Gefahren der Altlasten und die technischen Lösungsmöglichkeiten bei der Bergung von Munition aus dem Meer. Am 16. Juli 2024 folgten der parlamentarische Staatssekretär des Innern Johann Saathoff, acht weitere SPD-Bundestagsabgeordnete, Sandra Redmann, MdL, und Niclas Dürbrook, MdL, sowie lokale Vertreter meiner Einladung zu einer Informationsfahrt über die Munitionsaltlasten in der Ostsee nach Neustadt in Holstein. Auf dem Schiff BP84 NEUSTADT der Bundespolizei informierten sich alle Teilnehmenden über die praktischen Herausforderungen bei der Bergung von Munitionsaltlasten in der Lübecker Bucht in Begleitung der Projektleiter des Sofortprogramms von „Seascape“ sowie von Prof. Dr. Jens Greinert vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel.



100 Mio. Euro für die Bergung von Munitionsaltlasten seit 2023 im Bundeshaushalt

Bereits drei Monate nach meiner 1. Veranstaltung in Haffkrug mit meinem Haushaltskollegen Michael Thews gelang es uns im Bundeshaushalt 100 Mio. Euro für die Jahre 2023 bis 2026 zu verankern (an dem sich Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ab 2026 beteiligen sollten, aber bis heute leider nicht mit einem Cent beteiligt haben!), um ein Pilotprojekt zur Bergung dieser Munition zu starten und vor allem um eine schwimmende Plattform in Auftrag zu geben, die diese gefährliche Last mit Roboter-Technik bergen und an Bord umweltfreundlich verbrennen kann.

Immer wieder sorgte das Bundesumweltministerium unter der Leitung der Ministerin Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) durch verspätete Berichte zu den vereinbarten Zeit- und Umsetzungsplänen für kritische Nachfragen und kontroverse Diskussionen im Haushaltsausschuss über die Projektverzögerungen beim Bau der innovativen Bergungsplattform, die wir 2022 im Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen hatten. Zwar haben im Sommer 2024 endlich Probebergungen an drei Standorten in der Lübecker Bucht beginnen können, aber dabei kam bisher nur marktübliche Technik bei konventioneller Munition zum Einsatz. Deswegen freut es mich umso mehr, dass wir nun mit Carsten Schneider einen hochmotivierten SPD-Bundesumweltminister haben, bei dem der Schutz unserer Meere und insbesondere die Räumung von Munitionsaltlasten ganz weit oben auf seiner Prioritätenliste steht!

Umweltminister Carsten Schneider: Meeresschutz hat höchste Priorität!

Deutlich wurde das, als am 10. Juni 2025 der Bundesumweltminister nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt auf internationalem Parkett in Nizza bei der UN-Ozeankonferenz vom 09. bis 13. Juni 2025 betonte, dass die Bergung von Munitionsaltlasten aus unseren Meeren für ihn auch künftig die höchste



28.08.2025: Haushaltsberatungen zum Etat 2025 mit dem Umweltminister Carsten Schneider und Svenja Schulze

Priorität habe. Der wichtigste internationale Gipfel mit Regierungsvertretern aus aller Welt für einen konsequenteren globalen Meeresschutz war eine perfekte „Bühne“ für Carsten Schneider als neuem SPD-Umweltminister, um in seiner Rede für die Bundesregierung das Thema der „Bergung von Munitionsaltlasten“ prominent auf die Tagesordnung zu setzen und das weitere deutsche Engagement zur Bergung toxischer Altlasten mit Hilfe neu entwickelter Technik verbindlich zuzusagen: Carsten Schneider sagte wörtlich in Nizza auf der UN-Ozeankonferenz zum deutschen Beitrag für den europäischen Meeresschutz: „Auf dem Grund von Nord- und Ostsee liegen viele hunderttausende Tonnen versenkter Altmunition. Das ist eine Gefahr für Menschen und Meeresumwelt. Deshalb hat die Bundesregierung ein 100-Millionen-Euro-Sofortprogramm zur Munitionsbergung begonnen. Wir wollen das langfristig fortsetzen. Als nächster Schritt soll eine schwimmende Plattform für die Bergung und Vernichtung der Munition gebaut werden.“

Gleichzeitig hat Carsten Schneider in Nizza am 10. Juni 2025 mit seiner französischen Amtskollegin Agnès Pannier-Runacher eine zwischenstaatliche Vereinbarung unterzeichnet, in der die Bergung von Altmunition aus dem Meer einen deutsch-französischen Schwerpunkt darstellt. Damit haben wir einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht in unseren Anstrengungen, die toxischen Munitionsaltlasten nicht nur aus

der Ostsee, sondern langfristig aus allen Meeren unseres blauen Planeten zu entfernen, um Mensch und Natur zu schützen. Meine Arbeit für dieses Anliegen ist noch lange nicht am Ende.

Meine Aufgabe im Haushaltsausschuss u.a.: Klima-, Umwelt- und Meeresschutz!

Deswegen trifft es sich besonders gut, dass ich im Haushaltsausschuss in Berlin in den nächsten vier Jahren u.a. als verantwortliche Hauptberichterstatterin für das von Carsten Schneider geführte Umwelt- und Klimaschutzministerium sowie für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) arbeiten werde. Es ist ein starkes Zeichen, dass die Bergung von Munitionsaltlasten in Europa künftig auch von unseren französischen Freunden mit Priorität verfolgt wird. Während die Kieler Landesregierung die Presselandschaft mit vollmundigen Info-Veranstaltungen versorgt, aber bisher leider noch keinen einzigen Cent aus dem Landeshaushalt zur Munitionsbergung verankert hat, bekennt sich die SPD in Berlin damit ausdrücklich zum verbindlichen Meeresschutz durch den Einsatz innovativer Technologien, die in enger Zusammenarbeit von Forschung und maritimer Wirtschaft entwickelt und beauftragt werden müssen.

Klar ist auch: Der Bau der Plattform kann nur der erste Schritt sein – die Bergung selbst wird noch viel Zeit und Geld kosten! Dafür brauchen wir langfristig Milliarden, die durch einen Bundesländer-Fonds bereitgestellt werden sollen. Gerade die fünf norddeutschen Bundesländer

müssen endlich ihre Finanzierung in den Länderhaushalten bewilligen, anstatt sich auf PR-Aktionen und lose Zusagen zu beschränken. Im Koalitionsvertrag haben wir gemeinsam mit der CDU/CSU vereinbart, dass wir für die langfristige Umsetzung des Sofortprogramms zur Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ein Bundeskompetenzzentrum mit Sitz in Rostock einrichten wollen, in dem wissenschaftliche Einrichtungen, Privatwirtschaft und operative Behörden zusammenarbeiten. Bereits am 08. Juli 2025 hat Umweltminister Carsten Schneider mit Manuela Schwesig als Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern, den „Startschuss“ für dieses neue Bundeskompetenzzentrum abgegeben, in dem die Ex-pert*innen des Rostocker Ocean Technology Campus (OTC) eng mit den schleswig-holsteinischen Expert*innen vom Kieler GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung und Prof. Maser als Chef-Toxikologe der Kieler Christian-Albrecht-Universität (CAU) zusammenarbeiten werden, um die wichtige Aufgabe der Bergung von Altlasten in unseren Meeren umzusetzen. Das ist ein echter Erfolg für alle Menschen an der Ostseeküste!

Sonderausstellung und Info-Abend zur Munitionsbergung des Regionalmuseums Pönnitz

Das Interesse der Menschen in Ostholstein an der zügigen Räumung der Munitionsaltlasten aus unserer Ostsee bleibt sehr hoch. Das wurde erneut deutlich, als am 22. Juli 2025 auf Einladung des Vereins für Regionalgeschichte über 200 Menschen nach Haffkrug ins Haffhuus strömten, um beim Info-Abend mit dem Titel „Munition im Meer – wie weiter?“ über die ersten Resultate der Pilotbergungen in der Lübecker Bucht vom Herbst 2024 und den weiteren Pilotbergungen im Sommer 2025 unterrichtet zu werden. Die Vorträge wurden gehalten von namhaften Referenten wie Dr. Wolfgang Sichermann, Geschäftsführer des von der Bundesregierung beauftragten Unternehmens „Seascape“, Prof. Dr. Edmund Maser als Chef-Toxikologe der CAU-Kiel und weiteren Expert*innen. Es war eine tolle Veranstaltung, bei der ich und meine SPD-Landtagskollegin Sandra Redmann natürlich da-bei waren, während die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundes- und Landtag aller anderen Fraktionen durch Abwesenheit glänzten.



11.04.2025: Besuch der Ausstellung im Museum Pönnitz mit Prof. Dr. Maser und Sandra Redmann

Der Info-Abend ist Teil der Sonderausstellung „Munition im Meer – das explosive Erbe“ im Museum für Regionalgeschichte in Pönnitz, bei deren Eröffnung Sandra Redmann und ich natürlich mit informativen Grußworten teilgenommen haben. Die Sonderausstellung kann bis zum 14. Dezember 2025 in Pönnitz besucht werden – der Besuch lohnt sich: die Ausstellung zeigt viele authentische Fundstücke und interessante Informationen!

Besuch des Forschungsschiffs ALDEBARAN der Deutschen Meeresstiftung:

Am 19. August 2025 besuchte ich im Rahmen des bundesweiten 21. Meereswettbewerbs „Forschen auf See“ auf Einladung von Skipper Frank Schweikert von der Deutschen Meeresstiftung das Segel-Forschungsschiff ALDEBARAN im Niendorfer Hafen. Beim 21. Meereswettbewerb haben zwei 16- und 17-jährige Schülerinnen aus Schleswig-Holstein – Lena Dreeßen und Sarah Carls – sich mit ihrem Projektvorschlag unter dem Namen „Wracks als Zeitbombe?“ im März 2025 erfolgreich bei der Deutschen Meeresstiftung qualifiziert und wurden ausgewählt, ihr Projekt unter der wissenschaftlichen Leitung des renommierten Toxikologen Professor Edmund Maser von der Uni Kiel umzusetzen. Das Forschungsprojekt der Schülerinnen zur Untersuchung von Schadstoffemissionen und deren Auswirkungen für die Ostsee wurde von einem fachkundigen Forschungsteam unter der Leitung von Skipper Frank Schweikert in der Neustädter Bucht mit diversen Ausfahrten, Wasser- und Sedimentprobenentnahmen und Tauchgängen umgesetzt und am 19. August 2025 im Hafen von Niendorf an Bord der ALDEBARAN vorgestellt. Das Forschungsteam ist der Frage nachgegangen, wie stark sich die Schadstoffe um die Munitionsaltlasten ausbreiten. Die Proben wurden schon an Bord mit modernster Technik analysiert und wurden anschließend für die Forschung in den Kieler Laboren wissenschaftlich beurteilt. Bei einer 90-minütigen Ausfahrt mit dem Forschungsschiff ALDEBARAN konnte ich die Arbeit des jungen Teams direkt vor Ort beobachten, für die der Schutz unserer Ostsee schon jetzt eine Herzensangelegenheit ist, denn ohne intakte Meere wird unser Planet keine Zukunft haben! Der enthusiastische Einsatz

der beiden jungen Schülerinnen hat mich sehr beeindruckt. Ich kann allen Schülerinnen und Schülern ab der 9. Klasse nur empfehlen, sich für den nächsten 22. Meereswettbewerb auf der Webseite der Deutschen Meeresstiftung zu bewerben.

Der Skipper Frank Schweikert ist seit 30 Jahren Eigentümer der ALDEBARAN. Der Journalist, Unternehmer und Umweltaktivist wurde in den letzten 20 Jahren mit zahlreichen Preisen für sein Engagement geehrt. Er hat die Deutsche Meeresstiftung gegründet, die sich (Zitat) „als gemeinnützige Organisation auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen für eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung unseres Ozeans als gemeinsames Erbe der Menschheit einsetzt.“



19.08.2025: BESUCH FORSCHUNGSSCHIFF
ALDEBARAN

MEIN EINSATZ FÜR ELTERN-KIND-KUREN IN OSTHOLSTEIN

Seit 2006 stehe ich traditionell im engen Kontakt mit den Mutter-Vater-Kind-Kur-Kliniken in Ostholstein. Bundesweit haben wir aufgrund unseres Klimas und hohen Erholungswertes an der Küste die höchste Dichte dieser spezialisierten Kureinrichtungen – sie haben einen hohen Qualitätsstandard, beschäftigen viele Fachkräfte und bieten Familien in Belastungssituationen kompetente Hilfe, um den Alltag mit Kindern anschließend wieder gut und eigenständig bewältigen zu können.

Es war ein riesiger familienpolitischer Erfolg, als es mit der Gesundheitsreform 2007 mit Ulla Schmidt (SPD) gelang, aus der „freiwilligen Leistung“ der Krankenkassen für Eltern-Kind-Kuren endlich einen gesetzlichen Rechtsanspruch für Mütter oder Väter bei Überlastung gemeinsam mit ihren Kindern zu verankern. Klar ist: eine solche Reha-Maßnahme wirkt präventiv, stabilisierend und hilft Eltern, ihren familiären Aufgaben zum Wohle der Kinder im Alltag wieder besser gerecht zu werden, bevor die Überlastung chronisch wird und Schlimmeres passiert.

Ich war seit zwei Jahrzehnten in Berlin aktiv, um diesen Rechtsanspruch auf Eltern-Kind-

Kuren zunächst gesetzlich einzuführen und ihn seitdem zu schützen. So deckte ich bereits 2008/2009 die dreiste Praxis der Krankenkassen auf, diesen Rechtsanspruch auf Eltern-Kind-Kuren zu ignorieren und über die Hälfte aller Anträge jahrelang quasi willkürlich auf dem Rücken der Betroffenen „aus Kostengründen“ abzulehnen. Erst meine Initiative im Rechnungsprüfungsausschuss hat 2011 dazu geführt, dass ein entlarvend kritischer Bericht des Bundesrechnungshofes zur illegalen Bewilligungspraxis der Krankenkassen bei Eltern-Kind-Kuren durchgeführt und mit riesigem Medien-Echo aufgenommen wurde, weshalb wir damals Änderungen und nachprüfbare Statistikpflichten der Krankenkassen einführen konnten, um diese willkürliche Bewilligungspraxis zu beenden.

Denn der Bundesrechnungshof hatte 2011 anhand einer Vielzahl haarsträubender Fallbeispiele schwarz auf weiß belegt, dass die Krankenkassen den Rechtsanspruch der Eltern ebenso wie die Statistikpflicht und den Gesetzgeber missachteten – ihre vom Bundesrechnungshof attestierte ‚Willkür‘ ist in einem Rechtsstaat der größtmögliche



13.05.2011: Besuch von Eltern-Kind-Kurhäusern mit Ulla Schmidt

Vorwurf an Institutionen, die sich aus Beitrags- und Steuermitteln finanzieren. Die Kassen versuchten sich auf dem Rücken betroffener Eltern und Kinder zu sanieren, was nicht nur inhuman gegenüber den Familien als Patienten, sondern auch infam gegenüber dem Gesetzgeber war.

Die Corona-Pandemie war für Familien mit Kindern eine psychisch besonders belastende Zeit, in der die Eltern-Kind-Kuren in den Kur-Einrichtungen einerseits nur sehr eingeschränkt bewilligt werden konnten und andererseits sich dadurch eine „Bugwelle“ von behandlungsbedürftigen Familien mit langen Wartezeiten aufgestaut hat. Die aktuelle Forderung nach Kürzungen bei den Mutter-Vater-Kind-Kuren ist auch deshalb katastrophal, weil die psychosozialen Folgen der Corona-Pandemie gerade in Familien immer noch professionell behandelt werden müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Corona-Pandemie insbesondere Alleinerziehende mit ihren Kindern nicht nur an ihre Grenzen gebracht hat, sondern bleibende Belastungen bedeutete, wovon sich viele Familien bis heute nicht nachhaltig erholen konnten. Mutter-Vater-Kind-Kuren sind ein unverzichtbares Angebot für überlastete Familien – sei es durch chronische Erkrankungen, dauerhafte Pflegesitu-ationen, massive psychische Belastungen, prekäre häusliche Situationen oder soziale Benachteiligung. Sie stärken Familien nachhaltig, die im Alltag häufig mit erheblichen Herausforderungen zu kämpfen haben. Sie bieten nicht nur eine wichtige Auszeit, sondern tragen auch dazu bei, die Chronifizierung von Belastungen zu verhindern und stabilisieren mit der Hilfe professioneller Therapeuten das Familienleben. Der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als Heilen“ gilt hier in doppelter Hinsicht: präventive Maßnahmen sind nicht nur effektiver, sondern auch wirtschaftlicher im Vergleich zu den Kosten, die durch eine spätere Behandlung von Erkrankungen entstehen.

Rotstift-Vorschläge von Krankenkassen-Chef Gassen bei Eltern- Kind-Kuren sind verantwortungslos!

Deshalb ist es empörend, dass ausgerechnet der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Andreas Gassen in bundesweiten Medien

Ende Juli 2025 zur Stabilisierung des Gesundheitssystems zu Leistungskürzungen aufrief und dabei ausgerechnet „erhebliche Einsparpotenziale“ bei der Finanzierung von Mutter-Vater-Kind-Kuren diagnostizierte, die er wörtlich als „nice-to-have“ bezeichnete. Er hat seinen Job definitiv verfehlt, wenn er nicht erkennt, dass Eltern-Kind-Kuren ein elementarer Bestandteil einer funktionierenden Gesundheitsversorgung für alle Familien, aber insbesondere für alleinerziehende Mütter und ihre Kinder sind. Wir dürfen auf keinen Fall wieder eine Situation zulassen, in der Krankenkassen den Eltern die angeordnete Kur in undurchsichtigen Scheinverfahren verwehren – oder den fadenscheinigen Argumenten von Vorstandsvorsitzenden wie Andreas Gassen folgen, die keinerlei Verantwortung gegenüber jungen Familien zeigen, die in unserer Gesellschaft die wichtigste Säule für unsere Zukunft darstellen.

Am 20. September: mein 4. Runder Tisch „Eltern-Kind-Kuren“ in Dahme

Der Erhalt der Eltern-Kind-Kur-Einrichtungen ist ein wesentlicher Bestandteil des Gesundheitsstandortes im hohen Norden, da sie ein hervorragendes Potential an Spezial-Therapeuten und Ärzten, an Pflegekräften, Sozialpädagogen und Dienstleistern beschäftigen. Deshalb lade ich seit 15 Jahren die Betreiber diverser Eltern-Kind-Kur-Kliniken aus Ostholstein und Schleswig-Holstein zum „Runden Tisch Eltern-Kind-Kuren“ ein. Zuletzt trafen wir uns am 25. Juni 2020 zum 3. „Runden Tisch“ im Restaurant Sonnenrose in Weißenhäuser Strand auf dem 1. Höhepunkt der Corona-Pandemie, als für die Eltern-Kind-Kur-Einrichtungen und ihre vielen Beschäftigten noch nicht geklärt war, wie es wirtschaftlich, gesundheitspolitisch und beruflich in der Pandemie mit dem Betrieb weitergehen könnte, um eine damals drohende Insolvenz abzuwenden. Mein 1. „Runde Tisch“ fand im August 2010 in Bad Malente statt, wo ich mit Ulla Schmidt, unserer damaligen SPD-Gesundheitsministerin (2001 bis 2009), zum gesetzlichen Rechtsanspruch auf Mutter/Vater-Kind-Kuren informierte, dem am 16. Mai 2011 ein 2. „Runder Tisch“ in Büsum mit Ulla Schmidt folgte.

Ich freue mich sehr, dass ich an diese Tradition der „Runden Tische Eltern-Kind-Kuren“ am 20. September 2025 in der Fachklinik „Seefrieden“ in Dahme unter der ärztlichen Leitung von Katharina Dömeland und der Verwaltungsleitung von Benjamin Friehe anknüpfen konnte und dorthin einladen durfte. Gemeinsam mit Sozialdemokraten aus Kreis und Land sowie im Dialog mit vielen Fachleuten haben wir uns ausgetauscht, gegen die angekündigten Kürzungspläne zu wenden und ein klares Signal gesetzt, dass – bei allen „Konsolidierungsplänen“ im Gesundheitswesen an dieser Stelle auf gar keinen Fall gekürzt werden darf. Die Geschäftsführer bzw. Veraltungsleiter folgender Eltern-Kind-Kur-Einrichtungen hatten zugesagt: Frau Bossmann von der AWO Kellenhusen, Herr Jäcker von der Klinik Miramar in Großenbrode, Herr Stübbe von der IFA Fehmarn, Herr Sütel vom Therapeutikum West-Fehmarn, Frau Baumann vom Ostseedeich Grömitz und Frau Ralph vom Kurzentrum Pelzerhaken. Es war ein gelungener Gedanken- und Informationsaustausch!

Ich setze mich seit über 15 Jahren aus tiefster Überzeugung kontinuierlich für die Träger der Eltern-Kind-Kur-Kliniken ein, weshalb ich mich unglaublich darüber gefreut habe, dass das Deutsche Müttergenesungswerk im Bundeshaushalt 2025 2 Mio. Euro ‚on top‘ und damit insgesamt Zuschüsse für Baumaßnahmen in Höhe von 5,3 Mio. Euro erhielt. In Ostholstein und meinem Betreuungswahlkreis Plön können das Gertrud-Völcker-Haus in Kellenhusen, das Caritas Westfalenhaus und die Klinik „Maria Meeresstern“ in Timmendorfer Strand sowie das Caritashaus St. Walburg und das DRK-Zentrum für Gesundheit und Familie in Plön von diesen Zuschüssen für Baumaßnahmen profitieren. Auch diese erfreuliche Nachricht konnte beim Runden Tisch gleich mitverkünden.



20.09.2024: Runder Tisch bei der Vater- Mutter- Kind Kurklinik in Seefrieden.



20.09.2025: Niclas Dürbrook, MdL zu Besuch bei Vater-Mutter Kind Kurklinik in Seefrieden sowie den Geschäftsführer bzw. Veraltungsleiter: Frau Bossmann von der AWO Kellenhusen, Herr Jäcker von der Klinik Miramar in Großenbrode, Herr Stübbe von der IFA Fehmarn, Herr Sütel vom Therapeutikum West-Fehmarn, Frau Baumann vom Ostseedeich Grömitz und Frau Ralph vom Kurzentrum Pelzerhaken.



MEIN EINSATZ FÜR DIE HOSPIZ- UND PALLIATIVARBEIT



05.04.2025: Feier 5-jähriges Bestehen des Fördervereins „Hospizinitiative Wagrien-Fehmarn im Lichtblick-Filmtheater Oldenburg

Seit über 20 Jahren ist es mir eine besondere Herzensangelegenheit, mich mit den ehrenamtlich tätigen Menschen in den Hospizinitiativen, den Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, Therapeuten und den Trägern der Hospiz-Arbeit auszutauschen, die die unglaublich wichtige Sterbebegleitung, Trauerarbeit und Palliativversorgung in Ostholstein sicherstellen und unterstützen. Seit 22. Januar 2024 bin ich auch Schirmherrin des Hospiz- und Palliativ-Netzwerkes in Ostholstein, wo die Netzwerk-Koordinatorin Sabine Grein ihre wichtige Arbeit leistet.

Die Hospiz- und Palliativinitiativen habe ich darum auch immer wieder zum Thema bei meinen jährlich stattfindenden Frauen-Netzwerk-Treffen gemacht – zuletzt bei meinem 12. Ladies' Day am 18. Juni 2024 im HANSA-PARK unterstützt von Claudia Leicht als Geschäftsführerin und unsere Gastgeberin, die sich seit 2019 auch noch als ehrenamtliche „Botschafterin“ des Palliativ- und Hospiz-Verbandes in Schleswig-Holstein engagiert. In meiner Talkrunde tauschten sich kompetent und bewegend mein Ehrengast Aydan Özoğuz als damalige Bundestagsvizepräsidentin, Beate Rinck als Vorsitzende des Fördervereins für das 1. Hospiz in Oldenburg/Wagrien und Fehmarn und Sabine Grein als Netzwerkkoordinatorin für das Palliativ-Netzwerk Ostholstein aus, wo fachübergreifend alle ärztlichen und pflegerischen Berufe zusammenwirken, um das Beste für die Patienten am Lebensende mit ihren Angehörigen zu erreichen.

Fünf Jahre „Hospizinitiative Wagrien-Fehmarn“

Am 5. April 2025 war ich im „Lichtblick“-Filmtheater in Oldenburg, um das 5-jährige Bestehen des Fördervereins „Hospizinitiative Wagrien-Fehmarn“ zu feiern, der mit 32 Mitgliedern startete, mittlerweile aber etwa 200 Mitglieder zählt. Eingeladen hatte die 1. Vorsitzende des Vereins, meine langjährige Freundin Beate Rinck, Mitglieder, Freunde und Förderer des Hospiz-Projektes zu „Sekt und Häppchen“ und einer Filmvorführung. Mir war es ein echtes Anliegen, Beate Rinck und ihren großartigen Vorstandskollegen DANKE zu sagen für ihr beeindruckendes Engagement! Was Beate Rinck seit 2016 zunächst als Idee entwickelt und seitdem konsequent mit dem von ihr 2020 gegründeten Förderverein mit vielen Mitstreiter*innen mit unglaublich viel Kraft ehrenamtlich umgesetzt hat, ist einmalig: Über 440.000 Euro an Spenden wurden seitdem für die Hospizarbeit gesammelt, das Baugrundstück in Oldenburg für 12 Hospizplätze und zwei Appartements für Angehörige steht – Dank der Kirche – bereit. Wie wichtig die Arbeit des Vereins für Ostholstein ist, wurde zuletzt mehr als deutlich, als die Sparkasse Ostholstein anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums diesem Verein eine Million Euro (!) stiftete, um den ehrgeizigen Bau eines

Hospizes in Oldenburg für die Menschen im Kreis Ostholstein zu unterstützen. Anfang 2026 soll nun die Grundsteinlegung für diesen Neubau erfolgen, bei der ich natürlich hoffe, dabei sein zu können!

20 Jahre „Beistand am Lebensende“ in Neustadt

Am 12. Juli 2025 freute ich mich auf die Jubiläumsfeier zum 20-jährigen Bestehen des Hospizvereins „Beistand am Lebensende“ im Küstengymnasium in Neustadt mit vielen vertrauten Gesichtern auf Einladung der langjährigen Vorsitzenden Annette Schmitz und ihres großartigen Vorstandsteams. Dabei waren natürlich viele Haupt- und Ehrenamtler aus der „Hospiz-Familie“ in Ostholstein, die nicht nur dem Rückblick des Vorstandes, sondern auch den Gruß – und Dankesworten von Sabine Grein als Koordinatorin und von mir als Schirmherrin des Hospiz- und Palliativ-Netzwerkes lauschten. Insbesondere die immer engagierte „Chefin“ Annette Schmitz sowie die vielen ehrenamtlichen Sterbebegleiter und Sterbebegleiterinnen leisten Unglaubliches mit ihrem Einsatz in der Hospiz- und Palliativ-Care-Arbeit in Ostholstein, indem sie schwerstkranke und sterbende Menschen sowie ihre Angehörigen immer professionell und empathisch unterstützen. Das 20-jährige Bestehen sollte aber ausdrücklich nicht nur aus Reden bestehen, sondern allen Gästen fröhliche und beschwingte Stunden mit toller Live-Musik vom Duo „DuOderSo“, mit dem Improtheater aus Lübeck „Instand SL“, mit dem Klinik-Clown „Rosanella“ und mit einem leckeren Immiss bescheren – und DAS gelang!

Zu Gast in Pansdorf bei „Kinder auf Schmetterlingsflügeln“

Am 12. August 2025 besuchte ich den Verein „Kinder auf Schmetterlingsflügeln“ im Haus „Pegasus“ in Pansdorf gemeinsam mit Gabriele Freitag-Ehler als SPD-Kreisvorsitzende, mit Thomas Garken als Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion in Begleitung des SPD-Ortsvereins Ratekau. Seit der Gründung dieses Vereins im Jahr 2006 – damals noch als Hospiz-Projekt in Bosau gestartet – begleite ich unterstützend die Aktiven für die „Kinder auf Schmetterlingsflügeln“. So konnte ich mir



12.07.2025: 20-jähriges Jubiläum Hospizverein Beistand am Lebensende im Küstengymnasium

zielstrebig und erfolgreich das Ziel verfolgen, gerade Kindern umfassend zu helfen, die mit Sterben, Tod und psychischen Ausnahmesituationen konfrontiert sind. Seit fast zehn Jahren befindet sich das „Zuhause“ und das Herzstück der Trauerarbeit mit Kindern, Jugendlichen und ihren Familien im „Haus Pegasus“ in Pansdorf, wo Dank einer großen Unterstützer-Schar an Ehrenamtlichen und einer unglaublichen Spendenbereitschaft vieler Unternehmen und Privatpersonen getragen durch Vereinsaktivitäten eine verlässliche, empathische und professionelle Trauerarbeit des Vereins aufgebaut wurde, die von zwei Hauptamtlichen Koordinatorinnen – Daniela Wulff und Gabi Stienemeier-Goss – getragen und von einer großen Zahl Ehrenamtlicher unterstützt wird. Seit Mai 2024 hat ein komplett neuer Vorstand um den neuen Vorsitzenden Stephan Perner „das Ruder“ im Verein übernommen, was angesichts der immensen Verantwortung für die vielen wichtigen Aktivitäten und die Tatsache, dass die Arbeit des Vereins inklusive der beiden hauptamtlichen Koordinatorinnen ausschließlich durch Spenden finanziert wird, nicht selbstverständlich war und meinen größten Respekt hat. Nachdem ich mehrere Jahre nicht im „Haus Pegasus“ zu Gast war, wollte ich diesen Respekt dem neuen Vereinsvorstand um Stephan Perner und Stephan Dozel unbedingt persönlich gegenüber ausdrücken.





12.08.2025: zu Gast bei „Kinder auf Schmetterlingsflügeln“ im Haus Pegasus in Pansdorf

So konnte ich mir einen eigenen Eindruck von den Umbaumaßnahmen und Neuerungen im Haus verschaffen und vor allem von den Herausforderungen, Erwartungen und Hoffnungen von Vorstand, Aktiven und zu betreuenden Kindern, Jugendlichen und Familien für die Weiterentwicklung des Vereins „Kinder auf Schmetterlingsflügeln“ erfahren. Es war ein sehr beeindruckender und berührender Besuch, der insbesondere durch die Schilderungen der Arbeit durch die Koordinatorinnen Daniela Wulff und Gabi Stienemeier-Goss für mich, Gabriele Freitag-Ehler und Thomas Gar-ken enorm informative und emotionale Einblicke bot. Auch die Bemühungen des Vereins in einer „Dependance“ auf Fehmarn und „angedockt“ an dezentrale Jugendtreffs im ganzen Kreis Ostholstein Gesprächsangebote für junge Menschen rund um Erfahrungen mit dem Sterben, mit Suizid-Gedanken und der Bewältigung von Trauer und Verlust anzubieten, ist eine bewundernswerte wichtige Initiative, um dieses Tabu-Thema in die Mitte der Gesellschaft zu holen. DANKE!



20.01.2024: Übernahme der Schirmherrschaft des Palliativnetzwerkes mit Sabine Grein als Koordinatorin



12.07.2025: 20-jähriges Jubiläum Hospizverein Beistand am Lebensende im Küstengymnasium Neustadt 31

PFLEGEFACHASSISTENZAUSBILDUNG WIRD ATTRAKTIVER!

Dass die Menschen im Durchschnitt heute über 10 Jahre älter werden als noch in den 60er Jahren und dass man dank der Medizin und dank einer hohen Lebensqualität sogar bei guter Gesundheit sehr alt werden kann – das ist für die Menschen selbst durchaus ein Segen, aber für den Staat und vor allem die Pflegeeinrichtungen in unserem Land auch eine zentrale Herausforderung. Das Thema „Pflege“ ist für Schleswig-Holstein besonders wichtig, weil in keinem anderen Bundesland prozentual so viele Pflegebedürftige in vollstationären Einrichtungen leben wie bei uns. Bereits seit 2004 habe ich immer wieder eintägige Pflege-Praktika in verschiedenen Pflegeeinrichtungen – stationär und ambulant – gemacht und dabei viele Beschäftigte in der Pflege, ihre Arbeitsbedingungen, unterschiedliche Arbeitsabläufe und Herausforderungen kennengelernt und hatte die Chance, mich mit ihnen darüber auszutauschen. Von der komplexen Verwaltung mit Pflegeplänen und Abrechnung, von der Küche bis zur Haustechnik erhielt ich interessante Einblicke im Rahmen dieser insgesamt elf Praktika in Pflegeeinrichtungen im Laufe der Jahre. Darauf aufbauend habe ich seit über 20 Jahren zahlreiche Informations- und Diskussionsveranstaltungen und etliche „Runde

Tische Pflege“ mit Fachleuten, Beschäftigten und Betriebsräten durchgeführt, und dabei ist meine Hochachtung und Dankbarkeit gegenüber allen, die im Bereich Pflege und im Krankenhaus mit viel Idealismus ihre Arbeit machen, immer mehr gestiegen.

Aufgrund meines kontinuierlichen Austausches mit Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen in Ostholstein bin ich mir sicher, dass der am 6. August im Bundeskabinett beschlossene gemeinsame Gesetzesentwurf vom Familien- und Gesundheitsministerium über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung eine sehr gute Nachricht für die Gesundheitsbranche in Ostholstein und für unser Bundesland insgesamt ist. Bereits am 11. September haben wir im Bundestag das „Pflegefachassistenten einföhrungsgesetz“ in erster Lesung diskutiert, das eine moderne, bundeseinheitliche Grundlage für die Pflegefachassistentenausbildung zum 1. Januar 2027 sicherstellen soll, um die Attraktivität des Berufs zu steigern und eine professionelle pflegerische Versorgung besser zu gewährleisten. Es soll ein eigenständiges und klares Berufsbild für die Pflegefachassistentenz als Heilberuf entwickelt werden, das die bisher 27 (!) landesrechtlich



06.10.2023: Zum Jubiläum „100 Jahre Pflegeschule am Standort Neustadt“ bei AMEOS

sehr unterschiedlich geregelten Pflegehilfe- und Pflegefachassistenten ausbildungen ablöst. Für die ab 2027 geltende generalistische 18-monatige Ausbildung sollen umfangreiche Verkürzungsmöglichkeiten - insbesondere bei beruflicher Vorerfahrung - eingeführt werden. Die Ausbildung umfasst Pflichteinsätze in allen drei Versorgungsbereichen (stationäre Akutpflege, stationäre Langzeitpflege, ambulante Akut- und Langzeitpflege). Damit können die Pflegefachassistenten in Zukunft deutlich mehr Aufgaben in der medizinischen Behandlungspflege übernehmen und Pflegefachpersonen spürbar entlasten, ohne dass dadurch die Qualität der Behandlung nachlässt. Die Ausbildung unterstützt auch die Durchlässigkeit zur Pflegefachperson, was berufliche Entwicklungsperspektiven eröffnet, den fachlichen „Aufstieg“ mit höherem Gehalt und mehr Verantwortung ermöglicht und dadurch neue Ausbildungspotentiale für die Pflege erschließt. Die Ausbildung ist also ein wichtiger Baustein zu einem attraktiven und durchlässigen Pflegebildungssystem von der Pflegefachassistenten ausbildung über die dreijährige berufliche Pflegeausbildung bis hin zum Pflegestudium. Durch die bundeseinheitliche Regelung werden ausländische Berufsabschlüsse im Pflegebereich zudem schneller anerkannt, was die Integration von Pflegefachkräften in den Arbeitsmarkt beschleunigen wird.

Wir werden außerdem eine bundesgesetzlich garantierte angemessene Ausbildungsvergütung einführen und Azubis die Möglichkeit geben, Leistungen der Ausbildungsförderung zu erhalten, wenn die Ausbildung betrieblich durchgeführt wird. Damit werden Förderleistungen wie die „Assistierte Ausbildung“ und die „Einstiegsqualifizierung“, aber auch der Bezug von Berufsausbildungsbeihilfe erstmals für Assistenzberufe ermöglicht.

Die Ausbildung zur Pflegefachassistentin kann erst zum 1. Januar 2027 starten, weil bereits zum 1. Januar 2026 das Finanzierungsverfahren starten muss, wofür die jeweiligen Bundesländer die Vollzugsvoraussetzungen jetzt schaffen müssen.



06.10.2023: Zum Jubiläum „100 Jahre Pflegeschule am Standort Neustadt“ bei AMEOS



DIE BELTQUERUNG

Neues von der Hinterlandanbindung



Foto: Studio kohlmeier berlin

Wie jeder weiß, bin ich seit über 25 Jahren Gegnerin einer festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) und bleibe dies auch weiterhin – obwohl der Bau mittlerweile begonnen hat. 2009 habe ich im Bundestag aus tiefster Überzeugung mit „Nein“ zum Staatsvertrag mit Dänemark gestimmt und schon damals dieses Votum ausführlich damit begründet, dass die Ostsee gefährdet, unsere Lebensqualität durch den Lärm der Güterzüge künftig in Ostholtstein bedroht wird und schon damals absehbar war, dass der verkehrs- und volkswirtschaftliche Nutzen der FFBQ in keinem Verhältnis zu den schon damals erwarteten (und längst vorhersehbar explodierten!) Kosten stehen wird. Leider haben sich meine skeptischen Prognosen in der Vergangenheit immer wieder bewahrheitet.

Seit 10 Jahren ist es mein Hauptziel die negativen Folgen für die Anwohner und Kommunen entlang der Trasse durch z.B.

übergesetzlichen Lärmschutz abzumildern und unsere Lebensqualität in Ostholtstein – so gut es geht – trotz dieser künftig größten Verkehrsbaustelle in Nordeuropa zu schützen. Seit 2008 ist der Bundesrechnungshof, der seitdem dieses Bauvorhaben in allen Facetten eng und kritisch mit seinen Berichten beleuchtet, der engste „Verbündete“ der Betroffenen in Ostholtstein. Seit 2002 bin ich im Rechnungsprüfungsausschuss aktiv – seit 2009 als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion – und nutze dieses Gremium kontinuierlich, um dem Bundesverkehrsministerium und der Deutschen Bahn „auf den Zahn zu fühlen“.

Sundbrücke wurde 2016 durch den BRH „gerettet“

Mit großen Erfolgen: OHNE die Enthüllungen des Bundesrechnungshofes (BRH) von 2016 wäre die „Schlamperei“ der Bahn niemals „aufgedeckt“ worden, die 15 Jahre lang ihre Instandhaltungsarbeiten, zu denen sie seit den 60er Jahren vertraglich an unserem „Kleiderbügels“ verpflichtet war, massiv vernachlässigt hatte und damals plante, unsere wunderschöne Sundbrücke – mit dem „Segen“ der Verkehrsministerien in Kiel und Berlin – abreißen zu lassen. Der Ersatzbau sollte ein Monstrum werden, das eineinhalbmal so hoch wie die Köhlbrand-Brücke in Hamburg geworden wäre. Die jahrelangen Grundinstandsetzungen am „Kleiderbügel“ sollten laut DB ursprünglich 30 Mio. Euro kosten... dann 50 Mio. Euro

und aktuell knapp 100 Mio. Euro. Anstatt – wie ursprünglich von der DB geplant – nur ein bis



17.11.2016: Mit dem Rechnungsprüfungsausschuss und Verkehrsministerium zur Inspektion der Sundbrücke auf Fehmarn



26.02.2024: Fast 90 Gäste beim Diskussionsabend zur FBQ mit Regionalmanager Jürgen Zuch, Niclas Dürbrook und Marianne Unger auf Fehmarn

fünf der Drahtseile der Brücke zu erneuern, mussten jetzt ALLE (über 80!) wegen „Korrosionsschäden“ erneuert werden. Nach der Fertigstellung der Bauarbeiten 2028 wird der Brücke eine Lebensdauer von weiteren 130 Jahren (!) für die vorgesehene Nutzung OHNE Personen- und Güterzüge attestiert, da mit Fertigstellung des Sundtunnels dann nur noch „Langsam-verkehre“ wie Trecker, Mofas, Fahrräder und Fußgänger erlaubt sein werden.

Übernahme der zukünftigen Baulast der Sundbrücke

In unserem föderalen System ist klar geregelt, dass der Bund ALLEIN einerseits für Autobahnen und Bundesstraßen und andererseits auf der Schiene für Fernverkehr (ICE) und Güterschwerverkehr finanziell zuständig ist. Der Bund finanziert den Sundtunnel mit vermutlich einer Milliarde Euro darum allein – das Land Schleswig-Holstein muss sich an dem gesamten Bau der 88-km-langen Hinterlandanbindung von Puttgarden bis Lübeck für ca. 6 Mrd. Euro nicht mit einem einzigen Cent beteiligen. Allerdings fällt nach der Eröffnung des Sundtunnels die Zuständigkeit (genannt „Baulast“) für die Sundbrücke an das Land, das diese (finanzielle) Last allerdings dem Kreis

Ostholtstein aufbürden will. Das ist aus meiner Sicht eine absolute Frechheit! Im Grundgesetz ist klar geregelt, dass die Bundesländer für die auskömmliche Finanzierung ihrer Kommunen zuständig sind – darum darf das Land aus meiner Sicht den Kreis Ostholtstein mit dieser künftigen Zuständigkeit für die Sundbrücke nicht überfordern. Die Menschen in Ostholtstein tragen ohnehin schon all die negativen Auswirkungen der Beltquerung, für dessen angeblichen Nutzen sich die Landesregierung stets lautstark und pressewirksam eingesetzt hat. Darum ist es nur folgerichtig, dass das Land dem Kreis die künftige Kostenübernahme garantieren muss, um endlich selbst einen fairen Anteil an diesem Megaprojekt zu tragen.

Bereits 2020/2021 forderte der damalige FDP-Verkehrsminister Bernd Buchholz für die Landesregierung schriftlich vom damaligen CSU-Verkehrsminister Andreas Scheuer, dass der Bund nach Fertigstellung des Sundtunnels die „Sonderbaulast“ für die Sundbrücke übernehmen solle – und erhielt umfassend die ablehnende Antwort, dass es dafür keinerlei Rechtsgrundlage für den Bund gäbe. Trotzdem nahm CDU-Landesverkehrsminister Claus Ruhe Madsen im März 2023 einen „erneuten Anlauf“ bei FDP-Verkehrsminister Volker Wissing, der eine erneute „umfassende Überprüfung der Rechtslage“ zusagte ... mit dem gleichen ablehnenden Ergebnis: Für eine Übernahme der „Sonderbaulastübernahme“ durch den Bund gibt es schlichtweg keine Rechtsgrundlage. Dies hat der damalige FDP-Verkehrsminister Volker Wissing Mitte Oktober 2024 abschließend (!) entschieden. Damit liegt die Verantwortung zur künftigen finanziellen Entlastung des Kreises eindeutig beim Land. Zu Recht: während bei Abschluss des Staatsvertrages 2008 die Kosten für die Hinterlandanbindung für den Bund noch mit 840 Mio. Euro beziffert wurden, dürften die Kosten aktuell auf 5 bis 6 Mrd. Euro explodiert sein, woran sich das Land Schleswig-Holstein mit keinem einzigen Cent beteiligt. Da ist es grotesk zu glauben, dass der Bund zusätzlich zur Baulast des Sundtunnels noch die spätere Sonderbaulast für die Sundbrücke

ohne Rechtsgrundlage übernehmen wird. Für mich bleibt es komplett unverständlich, warum der CDU-Landrat Timo Gaarz in Ostholstein in voller Kenntnis dieser Tatsachen weiterhin an seiner Forderung festhält, dass der Bund hier in der Verpflichtung sei ... offensichtlich versteht er ich vorrangig als Lobbyist für CDU-Verkehrsminister Madsen in Kiel.

Timo Gaarz fordert mit Fehmarnbelt-Komitee Züge auf der Sundbrücke!

Ganz auf dieser „Linie“ verabschiedete das Fehmarnbelt-Komitee unter der Federführung von Landrat Timo Gaarz und dem Bürgermeister der dänischen Kommune Lolland, Holger Schou Rasmussen, am 15. Juni 2025 ein öffentliches Positionspapier mit dem Titel „Jetzt die Weichen stellen für einen attraktiven grenzüberschreitenden Schienenpersonennahverkehr durch den Fehmarnbelttunnel“. Am 3. Juli erreichte mich als Bundestagsabgeordnete ein Brief der beiden, in dem es heißt es: Das Fehmarnbelt Komitee richtet sich (Zitat) „an Sie als Entscheidungsträger [...] mit Nachdruck, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um eine verlässliche Planung voranzutreiben sowie die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zu bewirken, um bis zur Eröffnung des Tunnels im Jahr 2029 einen funktionierenden Nahverkehr zu etablieren.“ Dieses Anliegen hat mich doch sehr überrascht, denn FALLS der dänische Belttunnel überhaupt 2029 eröffnet werden sollte (was sehr zu bezweifeln ist!), dann könnten zwar PKW und LKW durch den Tunnel nach Fehmarn kommen, aber Züge ganz gewiss nicht, weil dazu die Sundbrücke (temporär) für ca. 100 Mio. Euro elektrifiziert werden müsste, was ich mit dem Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages und im Interesse der Fehmarnaner seit Jahren zu verhindern versuche.

Ich halte es für einen Skandal, dass der Ostholsteiner Landrat sich faktisch für die Elektrifizierung der Sundbrücke und damit GEGEN die Interessen der Ostholsteiner einsetzt. Im Übrigen ist der Bund für die Organisation und Finanzierung von

PersonenNAHverkehr überhaupt nicht zuständig, sondern allein das Land Schleswig-Holstein! DAS bestätigt sogar das Fehmarnbelt-Komitee, indem es am 15. Juni im Positionspapier ausdrücklich feststellt (Zitat): „Auf dänischer und deutscher Seite sind die Zuständigkeiten für den lokalen und regionalen Schienenpersonennahverkehr unterschiedlich geregelt. Beiden Seiten gemeinsam ist jedoch, dass die kommunale Ebene keine oder nur geringe Zuständigkeit hat und somit auf Unterstützung der deutschen Landes- bzw. der dänischen Staatsebene angewiesen ist. Dieses betrifft insbesondere finanzielle, aber auch organisatorische Aspekte.“

Insofern müsste das Anliegen des Fehmarnbelt-Komitees allein dem Land Schleswig-Holstein bzw. Ministerpräsident Daniel Günther und Verkehrsminister Madsen vorgetragen werden, was ich den beiden Vorsitzenden Timo Gaarz und Holger Schou Rasmussen in einem Antwortschreiben auch deutlich mitgeteilt habe.

Beide schrieben am 3. Juli an mich (Zitat): „Die Fehmarnbeltregion darf nicht zur bloßen Transitregion werden.“ Genau – Welch eine späte Erkenntnis der Beltquerungsbefürworter! Genau DAVOR habe ich seit fast 20 Jahren laut und öffentlich gewarnt, sehe aber leider genau diese Perspektive jetzt kommen. Denn als Teil der Transeuropäischen Netze wird diese Trasse nun einmal NICHT für den Regionalverkehr geplant und gebaut, sondern für den Fern- und Güterschwerverkehr, und die Bauherren in Dänemark und Deutschland haben genau deshalb seit Jahren milliardenschwere EU-Fördermittel beantragt und erhalten.

12. Juni - Infoabend in Bad Schwartau zur Hinterlandanbindung

Ende Mai erhielt ich etliche besorgte Briefe von insbesondere im Stadtteil Kaltenhof betroffenen Bürgerinnen und Bürgern aus Bad Schwartau, die sich aufgrund der öffentlich ausliegenden Baupläne der Deutschen Bahn zum Planfeststellungsabschnitt der Hinterlandanbindung „1.2 Ratekau – Scharbeutz“ Sorgen um verkehrliche Einschränkungen, Lärm- und Erschütterungsbelastungen der Anwohner sowie massive Abholzungen im Kurpark Bad Schwartaus machen und sich in einer Bür-

gerinitiative zusammengeschlossen haben. Als Reaktion darauf habe ich nicht nur alle Briefe detailliert beantwortet, sondern mit der SPD Bad Schwartau am 12. Juni 2025 zu einem öffentlichen Info-Gespräch unter dem Motto „Was kommt auf unsere Stadt zu?“ in die Mensa des Gymnasiums am Mühlenberg eingeladen, um – gemeinsam mit unserer Landtagsabgeordneten Sandra Redmann – über den aktuellen Stand zur Fehmarnbeltquerung und die geplante Hinterlandanbindung zu informieren. Über 100 Gäste waren unserer Einladung gefolgt und konnten ihre Sorgen und Nöte in einer sachlichen Gesprächsatmosphäre vorstellen – ein insgesamt gelungener Abend mit sehr wertschätzenden Diskussionen. Inzwischen haben auch – von der Bürgerinitiative organisiert – zwei Demos in Bad Schwartau stattgefunden – zuerst am 15. Juli und am 30. August mit zuletzt insgesamt 700 Teilnehmer*innen. Als Sozialdemokratin werde ich gemeinsam mit Sandra Redmann und dem Ortsverein die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger weiterhin ernst nehmen, Informationen transparent machen und spätestens zur Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für den „Abschnitt 1.1 Bad Schwartau“ zu einer erneuten Info-Veranstaltung einladen – Versprochen!

Ich habe sehr großes Verständnis für die betroffenen Anwohner, aber leider bewahrheiten sich nun viele meiner Befürchtungen, die ich bereits in den vergangenen 25 Jahren geäußert habe, als ich aktiv gegen den Bau der Festen Fehmarn-

beltquerung und parallel für übergesetzlichen Lärmschutz entlang der Hinterlandanbindung durch Ostholstein gearbeitet habe, wobei ich dabei auch immer ganz besonders die Belastungen für Bad Schwartau als größte Stadt an der Trasse öffentlich im Blick hatte. Das Problembewusstsein der Menschen in Ostholstein für die unweigerlichen negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität entlang der geplanten 88-km-langen Güterschwerverkehrstrasse quer durch Ostholstein wuchs in den letzten 15 Jahren nur langsam. Auf zahllosen öffentlichen Veranstaltungen habe ich – oft gemeinsam mit meiner SPD-Landtagskollegin aus Bad Schwartau Sandra Redmann und zusammen mit Umweltexperten wie Malte Siegert vom NABU und Vertreter*innen der Bürgerinitiativen – versucht die Bevölkerung über die Konsequenzen aufzuklären und zur aktiven Einmischung in den häufig intransparenten Planungsprozessen der Bahn und des Landes zur Hinterlandanbindung zu animieren. Beispielhaft erinnere ich an eine Podiumsdiskussion in Pansdorf am 22. August 2017 mit über 100 Gästen und Experten oder an die SPD-Diskussionsveranstaltung „Schlaflos in Bad Schwartau“ am 5. September 2017 in der Mensa der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule mit ebenfalls über 100 Gästen, als ich mit meiner Landtagskollegin Sandra Redmann den damaligen Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann sowie Umwelt- und Verkehrsexperten zu Gast hatte. Gemeinsam haben wir über den dringend erforderlichen Schutz vor dem erwartbaren Lärm durch die geplanten Güterzüge auf der Hinterlandanbindung aufgeklärt und über mögliche Maßnahmen diskutiert. Auch am 26. März 2019 platzte die Mensa der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau erneut „aus allen Nähten“, als außernahmen Gästen und Experten wieder 150 Gäste meiner Einladung zu der SPD-Veranstaltung „S.O.S FÜR BAD SCHWARTAU – In Solidarität für übergesetzlichen Lärmschutz“ folgten.

Es ist für mich absolut erstaunlich, dass so viele Anwohner im Stadtteil Kaltenhof in Bad Schwartau in den vergangenen Jahren



all diese Informationsveranstaltungen „vor ihrer Haustür“ ganz offensichtlich weder bemerkt noch verfolgt haben. Ohne irgendjemanden entmutigen zu wollen, muss ich heute leider feststellen, dass große Veränderungen am Trassenverlauf – wie die Forderung nach der sogenannten X-Trasse – leider nicht mehr zu erwarten sind, weil diese „Weichen“ bereits vor vielen Jahren mit dem Raumordnungsverfahren des Landes Schleswig-Holstein – auch in Abstimmung mit den Nachbarkommunen – gestellt wurden. Auch wenn sich die FBQ-Hinterlandanbindung durch meinen gesamten Wahlkreis durch Ostholstein zieht, kann ich als Bundestagsabgeordnete – ebenso wie meine SPD-Landtagskollegen – zum jetzigen Zeitpunkt keinen Einfluss mehr auf die Planfeststellungsverfahren nehmen: DAS können NUR die Anwohner und Stadtvertreter mit ihren Einwendungen im Planfeststellungsverfahren als direkt Betroffene. Ich habe mir in den letzten 20 Jahren stets ein Bild über die geplante Trassenführung der Hinterlandanbindung in den betroffenen Kommunen gemacht, wozu natürlich auch gerade die Situation in Bad Schwartau immer wieder gehörte, wobei ich mich massiv öffentlich dafür eingesetzt habe, dass die Deutsche Bahn eine gemeinsame Akzeptanzlösung mit der Stadt Bad Schwartau erarbeitet, um ein mögliches Klageverfahren durch die Stadt abzuwenden. Das wäre z.B. die damals aufgestellte Forderung

der Stadt nach einem 7-m-Trog gewesen, der von der Stadt mit einem „Deckel“ – finanziert aus Städtebauförderungsmitteln – von Bürgermeister Uwe Brinkmann vorgeschlagen worden war. Leider wurde dieser Vorschlag damals weder vom Kreis Ostholtstein mit Landrat Sager noch von der Landesregierung noch vom Dialogforum als „zu teuer“ unterstützt. Mein Eindruck ist leider, dass die Kommunikation zwischen Bahn und Stadt inzwischen weder eng noch konstruktiv ist und die Fronten verhärtet sind. Ich verspreche weiterhin bei allen Verantwortlichen den Druck hochzuhalten, um für die bestmöglichen Lösungen und Lärmschutzmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger entlang der Trasse zu kämpfen!

Eisenbahn-Bundesamt am 21. Juli: Sundtunnel verzögert sich um 3 bis 4 Jahre!

Die geplante 88-km-lange zweigleisige Schienentrassse durch Ostholtstein ist in zehn Planfeststellungsabschnitte unterteilt, von denen bisher NUR zwei (!) auf Fehmarn und bei Großenbrode genehmigt und teilweise im Bau sind. Am 27. Juni 2025 hat das Eisenbahn-Bundesamt den Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt „PFA 5.2 Großenbrode“ erteilt, wo die Bahn die Hauptbaumaßnahmen 2026 starten will. Sieben Abschnitte befinden sich im laufenden Genehmigungsverfahren, während der Abschnitt „PFA 1.1 Bad



19.09.2025: Mit dem Bundestagsinfomobil in Bad Schwartau und im Dialog mit der Bürgerinitiative Kaltenhof

Schwartau“ noch in der Planungsphase steckt und voraussichtlich erst Anfang 2026 – nach diversen Verzögerungen durch die DB – mit der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens als letzter Bauabschnitt veröffentlicht werden soll. Der abschließende Planfeststellungsbeschluss könnte danach von der Stadt oder direkt Betroffenen erstmals direkt beklagt werden.

Mit der Auslegung der Planfeststellungunterlagen für den Bau der neuen Fehmarnsundquerung hat das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) am 21. Juli 2025 die Fristen zur Stellungnahme öffentlich bekannt gegeben – und es platzte öffentlich eine „Bombe“! Nachdem die Bahnstur jahrelang an einer angeblichen Inbetriebnahme der Hinterlandanbindung inklusive Sundtunnel Ende 2029 (!) zeitgleich mit der von Dänemark geplanten Eröffnung der Beltquerung festgehalten hatte, musste jetzt eine Verzögerung um 3 bis 4 Jahre beim Bau des Sundtunnels mit der fünfseitigen Bekanntgabe des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) zum Planfeststellungsverfahren zugegeben werden. Zitat des Eisenbahn-Bundesamtes, dass „...die Bauzeit für das Tunnelbauwerk und der Anschlussinfrastruktur... mitsamt der Inbetriebnahme ca. 6 Jahre und 5 Monate“ beträgt und frühestens Mitte 2026 starten kann.“ Mit seiner Bekanntmachung über das Planfeststellungsverfahren zum Fehmarnsundtunnel wird die gebetsmühlenartig vorgetragene und gleichzeitig völlig utopische Zielsetzung der Deutschen Bahn, dass die Inbetriebnahme des Fehmarnsundtunnels sowie der Hinterlandanbindung bis Lübeck inklusive des vom Bundestag im Juli 2020 beschlossenen übergesetzlichen Lärmschutzes entlang der Trasse bis 2029 umgesetzt werden könne, als dreiste Lüge enttarnt.

Außerdem stellt das Eisenbahn-Bundesamt fest (Zitat): „Bis zur Inbetriebnahme des Vorhabens ist in dem gegenständlichen Planfeststellungsabschnitt kein planmäßiger Eisenbahnverkehr über die Strecke 1100 von und zur Insel Fehmarn vorgesehen. Die Fehmarnsundbrücke bleibt im Übrigen bauzeitlich für alle Verkehrsarten

mit Ausnahme des Eisenbahnverkehrs verfügbar. Die Anpassung und Umrüstung der bestehenden Fehmarnsundbrücke für den langsam fahrenden Straßenverkehr, Fußgänger und Radfahrer sind ein separates Vorhaben.“

23. Juli: Deutsche Bahn belügt Abgeordnete und Dialogforum

Eine Mail der Konzernbeauftragten der DB für Norddeutschland Ute Plambeck an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie an das Dialogforum vom 23. Juli um 16:52 Uhr – nur 48 Stunden nach der Veröffentlichung des EBA (!) – setzt der von der DB betriebenen desolaten ‚Kommunikationsstrategie‘ in der Region allerdings „die Krone auf“. In dieser Mail widerspricht die DB der Veröffentlichung des Eisenbahn-Bundesamtes ausdrücklich, hält trotzig an dem bisherigen Zeitplan 2029 und an der ‚Rückfalloption‘ einer Elektrifizierung der Sundbrücke bis 2027 fest und bringt damit sämtliche Verantwortlichen in den Kommunen und alle wichtigen Akteure einschließlich der Partner in den Parlamenten und in Dänemark endgültig ‚auf die Palme‘. Die DB muss endlich erkennen: Mit dieser offensichtlichen ‚Verschleierungstaktik‘ verspielt sie jeden Rest an Glaubwürdigkeit! Jetzt hilft nur noch absolute Transparenz, denn auch zusätzliche Milliarden durch den Bundesetat und das Sondervermögen für die Schieneninfrastruktur werden die Bahn ohne Glaubwürdigkeit und Transparenz nicht zum Erfolgsmodell machen.

Aber: nur wenige Tage später begründete Verkehrsminister Patrick Schnieder in Berlin seine Ankündigung zu Gesprächen mit der dänischen Regierung nach Art. 22 Staatsvertrag damit, dass er von der Bahn am 23. Juli (!) informiert worden sei, dass sich die Inbetriebnahme der Hinterlandanbindung der Beltquerung massiv verzögern würde. Und kurz darauf verkündete er, dass Bahnchef Lutz seinen Vorstandsposten räumen müssen – ich bin gespannt ob das – aufgrund der öffentlichen Lügen – auch auf Frau Plambeck zutreffen wird.

Ich bin fassungslos über die bisherige „Geheimhaltungsstrategie“ von DB und Land,

denn klar ist nun: Die ständige Zusicherung des geplanten Eröffnungstermins 2029 für die Feste Fehmarnbeltquerung samt Hinterlandanbindung (inkl. Sundtunnel) ist seit langem eine dreiste Lüge gegenüber den betroffenen Anwohnern und Kommunen, obwohl für die Menschen und Kommunen in Ostholstein ein seriöser Zeitplan für den Neubau und die Inbetriebnahme der 88-km langen zweigleisigen Trasse inklusive Sundtunnel mehr als relevant ist. Wenn nämlich überhaupt dieser Planfeststellungsbeschluss zum Sundtunnel wie von der DB geplant Ende 2026 festgestellt und damit erstmals beklagt werden könnte, dann ist jetzt Dank des Eisenbahn-Bundesamtes klar, dass die 88-km lange Trasse quer durch Ostholstein in keinem Fall vor 2032/2033 in Betrieb genommen werden kann

Das wäre zwar einerseits eine gute Nachricht für die Kommunen, für die das drohende Verkehrschaos ab 2026 dann möglicherweise entzerrt und vernünftigerweise neu organisiert werden könnte, aber es ist natürlich ein KO-Schlag für jede Glaubwürdigkeit der Deutschen Bahn, die mit ihrer fehlenden Transparenz letztlich allen Betroffenen in Ostholstein eine vernünftige Planungssicherheit bisher verweigert hat.

30. Juli: Mutige Kurskorrektur von Verkehrsminister Schnieder

Was lange währt, wird (hoffentlich!) endlich gut: Der Rechnungsprüfungsausschuss hatte bereits am 15. Dezember 2023 den ehemaligen Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) erstmals aufgefordert, auf Grundlage des Artikel 22 des Staatsvertrages zwischen Deutschland und Dänemark offizielle Gespräche mit der dänischen Regierung zu führen. Bereits damals war uns als Abgeordneten klar, dass der Bau der Hinterlandanbindung mit größeren Verzögerungen verbunden sein wird, weswegen ich Verkehrsminister Wissing öffentlich aufgefordert hatte, unseren dänischen Nachbarn „reinen Wein einzuschenken“ und in förmlichen Gesprächen die weitere Verkehrsführung von Güter- und Fernzügen über die Jütland-Route zu erörtern, bis zum vollständigen Ausbau der Hinterlandanbindung und der Realisierung aller übergesetzlichen Lärmschutzmaßnahmen. Dieser Aufforderung des Ausschusses ist Wissing leider nicht

nachgekommen. Stattdessen hat er sich weiter auf die Beschwichtigungen der Deutschen Bahn verlassen, die trotz aller Fakten auf die rechtzeitige Fertigstellung der Hinterlandanbindung bis 2029 gepocht hatte. Auch in seiner nächsten Diskussion zu dem Thema am 27. September 2024 hat deshalb folgerichtig der Rechnungsprüfungsausschuss das Verkehrsministerium erneut aufgefordert, umgehend Gespräche gemäß Artikel 22 des Staatsvertrages mit der dänischen Seite über eine Übergangslösung ohne temporäre Elektrifizierung der Sundbrücke zu führen.

Und jetzt - unter dem neuen Verkehrsminister Patrick Schnieder - hat sich die Haltung des Bundesverkehrsministeriums erfreulicherweise schnell geändert: am 30. Juli teilte Verkehrsminister Schnieder in einer Veröffentlichung seines Ministeriums mit, dass er von der Deutschen Bahn am 23. Juli darüber informiert wurde (Zitat), „dass sich die Umsetzung der Hinterlandanbindung für die feste Fehmarnbeltquerung über 2029 hinaus verzögern wird“. Außerdem hat die dänische Projektgesellschaft Femern A/S ebenfalls ernsthafte Terminrisiken auf dänischer Seite prognostiziert und angekündigt, den Zeitplan für die Fertigstellung „neu zu bewerten“. Aufgrund dieser Nachrichten hat sich das Verkehrsministerium an seinen dänischen Partner gewandt und im Sinne des Artikel 22 des gemeinsamen Staatsvertrages vorgeschlagen, „dass die Vorhabenträgerinnen Femern A/S und DB InfraGO AG zeitnah einen an die aktuellen Gegebenheiten angepassten Inbetriebnahmetermin abstimmen“.

Am 10. Oktober erstmals deutsch-dänische Gespräche der Verkehrsminister nach Art. 22 Staatsvertrag!

Nach Aussage von Verkehrsminister Schnieder im Haushaltsausschuss am 4. September auf meine Nachfrage haben diese deutsch-dänischen Abstimmungen zwischen Femern A/S und InfraGO bereits am 28. August stattgefunden mit dem Ergebnis, dass offenbar auch Dänemark eine Bauverzögerung von mehr als einem Jahr beim Belttunnel einräumen musste. Den Termin für direkte Gespräche zwischen ihm und seinem dänischen Amtskollegen hat er für den 10. Oktober angekündigt. Der Bundesrechnungshof, der eigentlich Anfang September einen erneuten Bericht zu diesem „Dauerbrenner“ vorlegen wollte, hat jetzt

angekündigt, auf die Ergebnisse dieses Gespräches warten zu wollen, um dann noch im November vor Ende der Haushaltsberatungen 2026 top-aktuell uns Abgeordneten berichten zu können. Darauf dürfen wir alle gespannt sein.

Als langjähriges Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages werde ich mich auch künftig für die strikte Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom Juli 2020 und damit für einen Trassenausbau in Ostholstein einsetzen, der die Sorgen der Anlieger entlang der Trasse insbesondere vor Lärm- und Verkehrschaos in der Bauphase in ganz Ostholstein ernst nimmt und ausräumt. Ich kann versichern, dass der Bund seine finanziellen Zusagen für den Bau der Hinterlandanbindung vollständig – trotz der extremen Preissteigerungen – erfüllen, aber dass der Bund Aufgaben, die in unserem föderalen System eindeutig dem Land Schleswig-Holstein (Baulast der Sundbrücke) zuzuordnen sind, ganz gewiss nicht zusätzlich übernehmen wird. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Anliegen und Sorgen der vom Bau der Hinterlandanbindung betroffenen Menschen, Kommunen und die Natur geschützt werden.

Fährbetrieb zwischen Fehmarn und Lolland bleibt auch nach 2029 hochattraktiv!

Im medialen Sommerloch 2025 wurden erneut Gerüchte verbreitet, dass ein „Aus“ der Fährverbindungen von Puttgarden nach Rödby nach der geplanten Inbetriebnahme des Belttunnels angeblich quasi „unausweichlich“ sei, was natürlich absoluter Quatsch ist. Die in den Medien gezogenen Vergleiche mit dem Bau der Öresundbrücke oder der Verbindung über den Großen Belt führen in die Irre, weil dort die Faktenlage eine völlig andere ist. Gerne wird dann unterstellt, dass angeblich der Fährbetrieb für Scandlines nicht mehr konkurrenzfähig sei, sobald die feste Fehmarnbeltquerung in Betrieb ist, was allerdings reines Wunschdenken der künftigen Tunnelbetreiber ist und keinerlei Substanz hat. Nicht nur, dass z.B. die Öresundbrücke mit Kopenhagen und Malmö zwei direkt angrenzende Metropolen verbindet, die Pendler auf beiden Seiten der Ostsee nutzen, während der Belttunnel vor allem Rapsfelder verbindet, weil Kopenhagen und Hamburg trotz Beltquerung zum Pendeln, Spontan-Shoppen oder Konzertbesuch zu weit entfernt sind.

Nach dem Bau dieser beiden großen Brücken über den Öresund und den Großen Belt wurde der Fährverkehr zwar tatsächlich nach der



Fotograph: Hakan Özoglan

Eröffnung eingestellt, weil der Fährbetrieb in Staatseigentum war und schlicht von der Regierung eingestellt werden konnte, um keine Konkurrenz zur neuen Querung zuzulassen und dadurch ein mautpflichtiges Monopol zu sichern. Auch der Fährbetrieb zwischen Fehmarn und Lolland gehörte bis 2007 jeweils zur Hälfte dem dänischen Transportministerium und der Deutschen Bahn, und die dänische Kalkulation zur Rentabilität der Mauteinnahmen der Beltquerung aus dieser Zeit beruhen darauf, dass der Fährbetrieb mit Eröffnung der Querung eingestellt wird. Diese Kalkulation hat Dänemark nie revidiert, obwohl Dänemark und Deutschland schon 2007 den Fährbetrieb verkauft und privatisiert haben. Der erzielte Preis von 1,5 Mrd. Euro lag 2-3-mal so hoch wie noch zwei Jahre zuvor kalkuliert, obwohl damals noch der Eröffnungstermin 2018 für die konkurrierende Feste Beltquerung öffentlich prognostiziert war. Selbst bei der von Dänemark bisher angestrebten Eröffnung 2029 bedeutet das, dass Scandlines elf Jahre zusätzlich ohne Konkurrenz diese lukrative Fährlinie betreiben und mit den Gewinnen in seine hochmoderne, ökologisch vorbildliche Fährflotte investieren konnte. Dabei bleibt definitiv genügend „Luft“, um bei jedem „Ticket-Dumping-Angebot“ mit den Tunnelbetreibern finanziell mithalten zu können. Fakt bleibt: Der Verkauf von Scandlines im Sommer 2007 wurde vertraglich für die Beschäftigten gut abgesichert



24.01.2021: Zur Besuch bei Scandlines mit SPD-Bürgermeister Jörg Weber von Fehmarn

und erfolgte an das „Wunschkonsortium“. Scandlines hat seitdem immer betont, den Fährbetrieb weiterführen zu wollen und schreibt seit Jahren konstant hohe Gewinne. Allein 2024 wurde laut Geschäftsbericht vom April 2025 ein Gewinn von 117 Mio. Euro erzielt. Die Zukunftsfähigkeit der Scandlines AG steht aufgrund ihrer modernen Fährgeneration, die eine zuverlässige, grüne und vor allem wirtschaftlich attraktive Alternative zur Festen Fehmarnbeltquerung darstellt, überhaupt nicht in Frage. Und mit jedem Jahr der Verzögerung der Eröffnung des Belttunnels durch Dänemark verbessert sich die Scandlines selbst ist nach wie vor äußerst profitabel und sehr gut für die Zukunft aufgestellt, weshalb ich gar keinen Zweifel daran habe, dass der Fährbetrieb zwischen Fehmarn und Lolland auch nach der Fertigstellung der Festen Fehmarnbeltquerung erfolgreich weitergeführt wird. Diese Konkurrenzsituation wird im Übrigen auch von großem Vorteil für die Menschen sein, die von einem Preiskampf zwischen Femern A/S und Scandlines profitieren werden. Davon abgesehen bin ich mir sicher, dass auch in Zukunft viele Urlauber und Urlauberinnen lieber die Fähre als den Belttunnel nutzen werden, um während ihrer Reise eine Pause einzulegen und dabei die schöne Ostseeluft zu genießen. LKW-Fahrer können auf den Scand-lines-Fähren außerdem ihre vorgeschriebenen Pausen machen. Und Fahrer von Elektroautos sollen zukünftig ihre Autos an Bord laden können. Diese Konkurrenz durch attraktive Fährangebote auch nach der Eröffnung des Belttunnels besorgt vor allem

deshalb die dänische Betreibergesellschaft und die Regierung, weil sie den dänischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sowie dem Folketing 2008 versprochen hat, dass die dänischen Investitionskosten von mindestens 7 Mrd. Euro allein durch die Mauteinnahmen ohne staatliche Subventionierung abgezahlt werden sollen. Dabei bilden die kalkulierten Mauteinnahmen durch PKW- und LKW-Passagen den Hauptanteil und nicht die Maut für Güter- oder Fernverkehrszüge. Insofern schmälert eine spätere Eröffnung des Sundtunnels und eine weitere Umfahrung über die Jütland-Route durch Züge die Mauteinnahmen der dänischen Tunnelbetreiber nicht erheblich – sehr wohl aber die Konkurrenz durch die Fähren.





24.01.2021: An Board von Scandlines kurz vor Fehmarn



24.08.2020: Besuch bei Scandlines zur Gesprächen mit dem CEO Søren Poulsgaard-Jensen



DIREKTER DRAHT ZUR JUGEND

Eine meiner Lieblingsaufgaben als Abgeordnete ist seit über 20 Jahren der Austausch mit jungen Menschen, die mich entweder in Berlin besuchen oder mich für mehrere Stunden als Gast in ihre Schule einladen und die stets auf mich viel motivierter unter interessierter wirken, als es allgemein angenommen wird. Die Diskussionsrunden mit Schulklassen, in denen ich alle Fragen der Schülerinnen und Schüler beantworte und für Wertschätzung und Interesse an unserer Demokratie werbe, gehören deshalb in jeder sitzungsfreien Woche zum festen Bestandteil meines Terminkalenders. Jungen Menschen Chancen zu eröffnen – sei es als mehrwöchige Gäste im Praktikum in meinem Berliner Büro, sei es als Teilnehmer an meinen dreitägigen „Bildungsfahrten“ nach Berlin oder als meine „Patenkinder“, die im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms für ein Jahr in die USA gehen – macht mir besonders viel Freude

Im engen Austausch mit Schulklassen in Ostholstein

Allein zwischen dem 13. Juni und 21. Juli dieses Jahres habe ich Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Berufsschulen in acht verschiedenen Orten zwischen Stockelsdorf und Fehmarn besucht, um jeweils zwei Stunden mit insgesamt fast 1.000 Schülerinnen und Schülern von der 8. bis zur 12. Klasse ins Gespräch zu kommen. Auch dieses Mal hatten die Schulklassen diese Gespräche mit ihren Lehrkräften sehr engagiert vorbereitet und Fragen zur aktuellen Politik mit enormer Bandbreite gestellt. Dabei ging es thematisch um die Zukunft Europas, den Klimaschutz, den Stellenwert von Bildung in unserem Land, die diskutierte Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, um eine mögliche Überprüfung eines

Verbotsverfahrens der AfD, um den US-Präsidenten Trump und die politische Kultur in unserem Land und um viele andere Themen, die den jungen Menschen aktuell „unter den Nägeln“ brennen.

Konkret startete ich am 13. Juni in Oldenburg zunächst mit 200 Schülerinnen von der 9. bis zur 11. Klasse am Freiherr-vom-Stein-Gymnasium und direkt anschließend mit 70 Schülerinnen und Schülerinnen und Schülern des 8. Jahrgangs der Wagrienschule, wo ich am 19. Juni auch noch einmal bei einer 10. Klasse zu Gast war. Am 19. Juni traf ich außerdem 50 junge Leute an der Berufsschule Eu-tin und einen Tag später diskutierte ich mit 80 Schülerinnen und Schülern vom 8. bis zum 10. Jahrgang der Gerhard-Hilgendorf-Schule in Stockelsdorf. Am 30. Juni war ich zu Gast beim 8. Jahrgang der Arnesboken-Schule in Ahrensböck, bevor ich Anfang Juli ca. 160 Schülerinnen und Schüler in drei Schulen in Lensahn – in der Gemeinschaftsschule, der Erzieherfachschule und der Waldorf-schule – besuchen konnte. Am 4. Juli fand der Austausch mit den 8. und 9. Klassen der Schule an den Auewiesen in Malente statt. Am 14. Juli folgte ich der Einladung der 10. Klassen und einer 12. Klasse der César-Klein-Schule in Ratekau und nur einen Tag später konnte ich mit dem 11. Jahrgang des Johann-Heinrich-Voß-Gymnasiums in Eutin diskutieren. Zum „krönenden“ Abschluss traf ich am 21. Juli von 8:00 bis 12:15 Uhr 80 Schülerinnen und Schülern der 9. und 11. Jahrgänge der Inselschule auf Fehmarn.

Kürzlich fragte mich ein Schüler, warum ich nicht auf TikTok sei. Meine Antwort war, dass ich das in meinem Alter als nicht authentisch und glaubwürdig empfände – aber dafür sei ich ja jetzt schließlich



13.06.2025: Besuch Freiherr-vom-Stein Gymnasium Oldenburg



16.07.2025: 77 Schülerinnen und Schüler von der Inselschule Fehmarn in Berlin

persönlich zum Gespräch ‚face-to-face‘ da. Er hätte sicherlich schon bemerkt, dass ich die allermeisten der gestellten Fragen nicht in 30 Sekunden im TikTok-Modus beantworten könnte, weil die politischen Zusammenhänge eben leider ziemlich komplex seien. Darauf kam als Antwort ein nachdenkliches, zustimmendes Kopfnicken. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich viele Schülerinnen und Schüler aus diesen Gesprächen während ihrer Klassenfahrten nach Berlin im Reichstag wiedertreffen konnte, um ihnen die Arbeit der Abgeordneten im Bundestag auch „live“ zu zeigen. Direkt in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause habe ich am 10. September die Schulkasse der Beruflichen Schule Eutin mit 30 Schülerinnen und Schüler getroffen und die Arnesboken-Schule am 11. September mit 80 Schülerinnen und Schüler. Vom 16. Bis 18. September besuchten mich die Schülerinnen und Schüler der Inselschule Fehmarn mit 140 Schülerinnen und Schüler, der Gemeinschaftsschule Grömitz mit 30 Schülerinnen und Schüler, der Jacob-Lienau-Schule in Neustadt mit 30 Schülerinnen und Schüler, der Wagrienschule Oldenburg und des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums Oldenburg mit jeweils 70 Schülerinnen und Schülern. Diesen „Blick hinter die Kulissen“ des politischen Berlins zu ermöglichen, ist mir neben meinen direkten Gesprächen mit den Jugendlichen im Wahlkreis besonders wichtig, um Transparenz zu schaffen, Schwellenängste abzubauen und die Entscheidungen im Deutschen Bundestag für die Schülerinnen und Schülern auch persönlich erlebbar zu machen. Auch von September bis November 2024 war ich persönlich zu Gast bei insgesamt knapp 300 Schülerinnen und Schüler u.a. des Küstengymnasiums Neustadt, der Jacob-Lienau-Schule in Neustadt, der Arnesboken-

Schule in Ahrensböök und der César-Klein-Schule in Ratekau. Bereits zuvor hatte ich von September 2023 bis Juli 2024 etwa 1.000 Schülerinnen und Schüler im Unterricht besucht und mit ihnen diskutiert. Einen besonderen Höhepunkt stellte vom 9. bis 13. Dezember 2024 die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in der Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule in Bad Schwartau dar, die von mir und offiziellen Vertretern der Stadt gemeinsam eröffnet wurde. Im Rahmen dieser Ausstellung führte ich fünf Tage lang täglich 6 bis 8 Stunden intensive Gespräche mit mehr als 20 Schulklassen aus Ostholstein – von der Elisabeth-Selbert-Schule, dem Gymnasium am Mühlenberg in Bad Schwartau, dem Ostseegymnasium Timmendorfer Strand, der Gemeinschaftsschule Stockelsdorf, den Beruflichen Schulen Bad Schwartau sowie der Grund- und Gemeinschaftsschule Timmendorfer Strand.

2025 schon zwei Besuchergruppen in Berlin – die Hälfte unter 30 Jahren!

Meine ersten beiden Besuchergruppen 2025, die mich drei Tage mit jeweils 50 Personen als „Bildungsfahrt“ mit dem Reisebus in der Bundeshauptstadt besuchten, bestanden aus besonders vielen engagierten, jungen Menschen und jenen, die mich ehrenamtlich im Wahlkampf besonders engagiert unterstützt hatten. **Die erste Gruppe kam am 26. März nur einen Tag nach der Konstituierung des 21. Deutschen Bundestages in das politisch turbulente Berlin.** Neben einem spannenden Programm nahm ich mir für die Diskussionen mit allen Teilnehmern besonders viel Zeit, denn so kurz nach der Bundestagswahl gab es natürlich viel zu diskutieren: das Wahlergebnis und seine Folgen, die aktuell laufenden Koalitionsverhandlungen, bei denen ich in den Bereichen Haushalt und Steuern zum SPD-Verhandlungsteam gehörte, die beiden

milliardenschweren Investitionspakete, für die gerade die Schuldenbremse im Grundgesetz geändert wurde, und die Zukunftsperspektiven für Deutschland. Natürlich spielte bei den Fragen meiner Gäste und in unseren Diskussionen auch die geopolitische Lage unter dem amerikanischen Präsidenten Trump einerseits und Putins Krieg gegen die Ukraine andererseits eine Rolle, die Lage im Nahen Osten und aktuell in der Türkei, und was das alles für Frieden und Stabilität in Europa bedeuten könnte. Als „Dankeschön“ waren dieses Mal etliche SPD-Mitglieder aus der Kommunalpolitik, die mich im Wahlkampf mit viel Engagement ehrenamtlich in Reinfeld, Bad Schwartau, Ahrensböck, Eutin, Schönwalde, Lensahn, Oldenburg, Grömitz und auf Fehmarn unterstützt hatten, mit „an Bord“ des Reisebusses aus Ostholstein, aber auch 13 politisch interessierte Schülerinnen und Schüler vom Eutiner Webergymnasium und der César-Klein-Schule aus Ratekau mit ihren Lehrkräften sowie junge Menschen aus Neustadt und Timmendorfer Strand und aktive Feuerwehrkameraden aus Oldenburg.

Vom 16. bis 18. Juli kam meine zweite Besuchergruppe in diesem Jahr drei Tage ins sommerliche Berlin, an der dank der bevorstehenden Sommerferien sogar 31 Jugendliche unter 21 Jahren von sechs verschiedenen Schulen aus Ostholstein teilnehmen konnten, die sich alle durch ihr ehrenamtliches Engagement – sei es als Schülersprecher*in, als Initiatoren und Moderator*innen von Podiumsdiskussionen an ihren Schulen im Wahlkampf, sei es durch Schulprojekte „Gegen das Vergessen“ oder als „Schule für Courage und gegen Rassismus“ – ausgezeichnet hatten. Die Schülerinnen und Schüler kamen vom Leibniz-Gymnasium in Bad Schwartau, der Emma-Bonhoeffer-Schule in Pönitz, der Inselschule Fehmarn, vom Freiherr-von-Stein-Gymnasium in Oldenburg, aus Timmendorfer Strand und von der Beruflichen Schule Eutin sowie aus Initiativen der Jugendpflege. Auch Auszubildende waren als angehende Erzieherinnen, Notfallsanitäter und Verkäufer dabei – über diese bunte Mischung freuten sich auch besonders die älteren Ehrenamtler aus Feuerwehr und Kleingärtnervereinen, aus Kommunalpolitik und sozialem Engagement, die auf der dreitägigen Fahrt den ausgesprochen lebendigen Austausch über alle Generationen hinweg genossen.

Patenschaft für junge Menschen für ein Stipendium: ein Jahr in die USA!

Seit 22 Jahren übernehme ich jedes Jahr die Patenschaft für junge Menschen aus meinem Wahlkreis, die sich erfolgreich für ein Stipendium für ein Austauschjahr in den USA beim Bundestag (Parlamentarisches Patenschafts-Programm PPP) beworben haben. Und jeden Sommer treffe ich mich mit „meinen USA-Patenkindern“ gemeinsam jeweils vor dem Abflug in die USA bzw. nach der Rückkehr, damit sie mir persönlich von ihrem „USA-Abenteuer“ bzw. von ihren Erwartungen und Hoffnungen berichten können. Damit möchte ich auch immer gleichzeitig öffentlich „Werbung“ für dieses einmalige Stipendiaten-Programm des Bundestages machen, für das die Bewerbungsfrist für das folgende Jahr stets Anfang September endet. In diesem Jahr traf ich mich am 1. Juli in Eutin zum gemeinsamen Austausch mit der 16-jährigen Emelie Rix aus Timmendorfer Strand, die am 14. Juni gerade erst von ihrem USA-Aufenthalt aus Stillwater/Oklahoma zurückgekehrt war und mit der Neustädterin Katharina Görl, die vor ihrer Abreise im August bereits auf „gepackten Koffern“ saß. Katharina, die gerade ihre Ausbildung zur Notfallsanitäterin beim Deutschen Roten Kreuz Ostholstein abgeschlossen hat, ist mein 22. „Patenkind“ im Rahmen des PPP, das seit 2003 die Möglichkeit zu einem einjährigen USA-Aufenthalt durch das Programm des Deutschen Bundestages erhält. Emelie Rix erzählte voller Begeisterung von Ihren Erlebnissen in Stillwater in Oklahoma und von ihrer Gastfamilie, bei der sie mit Geschwistern und Hunden auf einer Blumenfarm lebte. Als PPP-Stipendiaten sind die jungen Leute in den USA quasi „Botschafter Deutschlands“. Der seit 1983 vom Deutschen Bundestag und vom US-amerikanischen Kongress organisierte und voll finanzierte Jugendaustausch ermöglicht jedes Jahr ca. 360 jungen Menschen von beiden Seiten des Atlantiks ein Stipendium für ein solches Austauschjahr im jeweiligen anderen Land. Vom 24. April bis zum 25. Juli 2025 hatte ich selbst ein Patenkind aus der Ukraine in meinem Berliner Büro aufgenommen. Natalija verbrachte ganze drei Monate mit meinem Berliner Team und begleitete mich sogar eine Woche auf meinen Wahlkreistermen in Eutin und Oldenburg.





01.07.2025: Treffen mit meinen USA-Patenkindern in Eutin



16.07.2025: Meine Besuchergruppe in Berlin



17.09.2025: Jacob-Linau- Schule zu Besuch in Berlin



16.09.2025: Inselschule Fehmarn zu Besuch in Berlin



09.12.2024: Eröffnung Wanderausstellung des Bundestages in der Elisabeth- SELBERT- GEMEINSCHAFTSSCHULE in Bad Schwartau



MEIN BÜRO-TEAM IN BERLIN UND EUTIN

Ein großes Dankeschön geht an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Bundestag in Berlin und im Wahlkreis in Eutin.

Im Eutiner Wahlkreisbüro kümmert sich Angela Hüttmann seit 2016 um alles, was in Schleswig-Holstein „anliegt“. Sie ist Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger, für Schulen, für Vereine, Verbände und Institutionen in Ostholstein und Nordstormarn und in meinem Betreuungswahlkreis Plön und organisiert meine Termine. Ein großer Teil ihrer Arbeit ist die Organisation aller Gruppen für die Berlinfahrten, die mich im Bundestag besuchen, sowie die Vorbereitung und Durchführung meiner Veranstaltungen wie z.B. dem seit 2013 jährlich stattfindenden „Ladies' Day“. Ehrenamtlich ist sie in ihrer Heimat Schönwalde seit vielen Jahren SPD-Ortvereinsvorsitzende und Mitglied im SPD-Kreisvorstand. Seit 2008 ist sie Gemeindevorsteherin sowie Fraktionsvorsitzende und stellv. Bürgermeisterin, aktiv im Amtsausschuss und im Schul-verband. Aber was alle wissen: ein erfolgreicher Bundestagswahlkampf ohne das Engagement von Angela ist völlig unvorstellbar – ihr zupackende fröhliche Art ist ansteckend!

In meinem Berliner Büro unterstützen mich derzeit drei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ein studentischer Mitarbeiter: die gebürtige Fehmarnanerin Kubra Oruc ist meine Büroleiterin und langjährige persönliche Referentin für den Haushaltsausschuss. Sie wird unterstützt von Josef Jerke, der seit Mai 2022 als wissenschaftlicher Mitarbeiter Teil meines Berliner Teams ist. Besonders freut es mich, dass mein ehemaliger studentischer Mitarbeiter Patrick Schmedemann – nach Abschluss seines Masterstudiums und einem Auslandsaufenthalt – im April

16.07.2024: Ausfahrt zur Munitionsaltlasten und mit meiner Wahlkreismitarbeiterin Angela Hüttmann

2025 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in mein Büro-Team zurückgekehrt ist. Laurence Gorodiski, gebürtig aus Warnsdorf, arbeitet weiterhin stundenweise als studentischer Mitarbeiter neben seinem Studium – in Ostholstein kennen viele Laurence Gorodiski persönlich, weil er mich schon 2021 und auch 2025 ehrenamtlich im Wahlkampf unterstützt hat. Von September 2024 bis Juli 2025 gehörte als studentischer Mitarbeiter auch zusätzlich Fabian Manske aus Ahrensböck und ehemaliger Schüler in Bad Schwartau zu meinem Team – er setzt sein Studium seit Sommer 2025 in Dublin fort. Auch Fabian hatte mich ehrenamtlich im Winterwahlkampf bei zahllosen Terminen unterstützt und ist dadurch bei vielen Ortsvereinen ein bekanntes Gesicht. Ich wünsche ihm alles Gute für seinen weiteren Weg und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen. Außerdem haben wir regelmäßig interessierte junge Leute aus meinem Wahlkreis als Praktikanten im Büro, die einmal einen Live-Blick hinter die Kulissen des Politik-Betriebes werfen wollen. Vom 28. April bis zum 25. Juli war mein Berliner Büro-Team zum Beispiel das berufliche Zuhause von Nataliia, die aus Kyjiw kommt und ihr Praktikum im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums des Deutschen Bundestages in meinem Büro absolvierte. Am 1. September – also in der spannenden Woche unserer „Bereinigungssitzung“ für den Haushalt 2025 – begann dann der Eutiner Konstantin Raasch sein vierwöchiges Praktikum bei mir in Berlin.





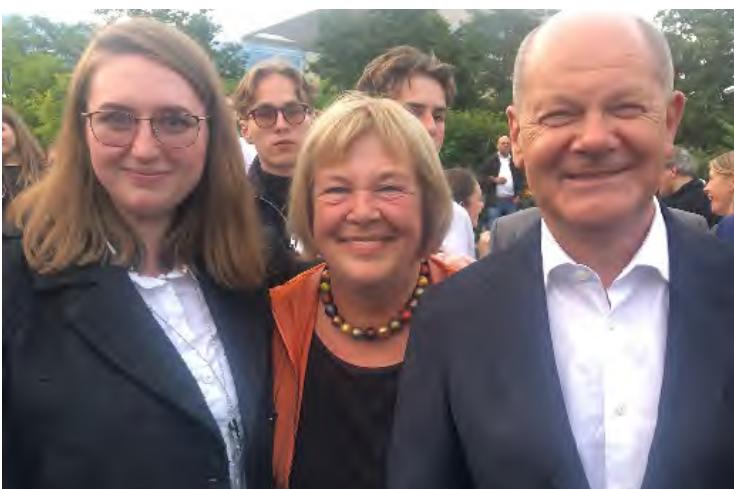
03.07.2024 Auf dem SPD-Hoffest mit meinem Berliner Team

Mein Berliner Büro ist seit vielen Jahren ein „Karriere-Sprungbrett“ für mein Team, da die Arbeit in meinem Büro als Super-Qualifikation in vielen Ministerien und Unternehmen in der Hauptstadt gilt: Ich bin immer stolz darauf, wenn „meine“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgreich für richtig spannende Aufgaben abgeworben werden. Wir halten natürlich bis heute engen Kontakt in unserem „Büro-Netzwerk“. So wech-selte Anfang des Jahres Jonas Wenzig nach einem spannenden Jahr in meinem Büro zu unserem neuen Parlamentarischen Staatssekretär im Finanzministerium und meinem langjährigen Kollegen im Haushaltssausschuss, Dennis Rohde, – eine einmalige Chance, zu der man nicht „nein“ sagen konnte. Ich freue mich riesig für Jonas, wenn auch mit einem lachenden und einem weinenden Auge!

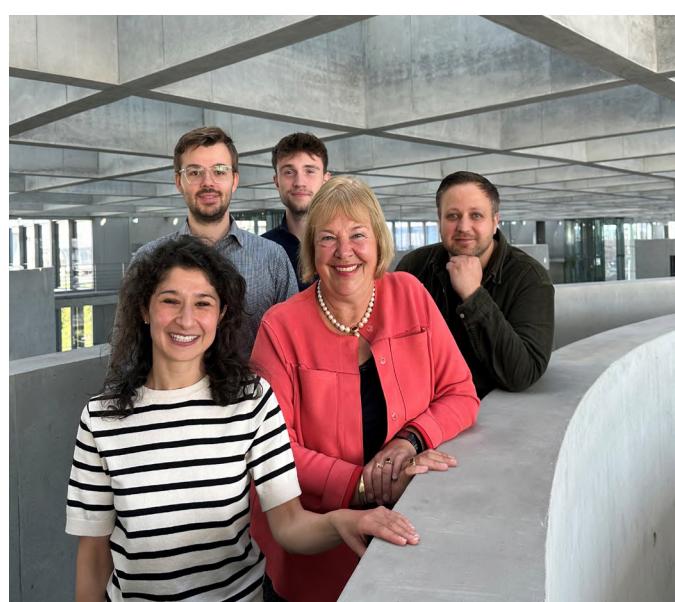
Ich bin stolz auf „meinen Nachwuchs“ und besonders darauf, wenn die gute Laune im Büro bei allem Stress spürbar ist. Teamspirit ist mir wichtig!



22.02.2025: Wahlkampfendspurt in Bad Schwartau mit MdL Sandra Redmann und einem engagierten Wahlkampfstützer aus Ahrensbök Fabian Manske



09.07.2025: Meine Stipendiatin aus der Ukraine mit unserem vorherigen Bundeskanzler Olaf Scholz



18.09.2025: Mit meinem Praktikanten Konstantin Raasch aus Eutin mit meinem Berliner Büro



06.07.2025: Meine Besuchergruppe aus vielen jungen Leuten aus dem Wahlkreis



16.07.2025: Die Waldorfschule Lensahn zu Besuch in Berlin mit 35 Schülern



11.09.2025: Die Ahrensbocken-Schule zu Besuch in Berlin mit 50 Schülern